

# Handeln.

## Vorrang für Chancen



Philipp Mißfelder MdB (Hrsg.)  
Handeln. Vorrang für Chancen



Philipp Mißfelder MdB (Hrsg.)

Handeln.

Vorrang für Chancen

Handeln. Vorrang für Chancen

Philipp Mißfelder MdB (Hrsg.)  
für den Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands

ISBN 978-3-923632-09-1  
Weiss-Verlag, 2008

Redaktion: Nicolas Wendler, Thomas Dautzenberg, Dr. Stefan Ewert

Produktion: Junge Union Deutschlands  
Satz und Layout: Nicole Westrich  
Umschlaggestaltung: Nicole Westrich  
Titelfoto: ddp  
Druck: Druckhaus Berlin-Mitte GmbH  
Printed in Germany 2008

© 2008 Junge Union Deutschlands

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrags,  
der Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der fotomecha-  
nischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

# Inhalt

Handeln. Vorrang für Chancen <i>Philipp Mißfelder MdB</i>	Seite 8
Das Menetekel der Mitte <i>Prof. Dr. Franz Walter</i>	Seite 14
Erosion der Mittelschicht – Was ist zu tun? <i>Prof. Dr. Norbert Walter</i>	Seite 22
Neue Ordnung für die Welt <i>Dr. Heiner Geißler</i>	Seite 30
Politik für die Mitte <i>Prof. Dr. Bernhard Vogel</i>	Seite 38
Konsolidieren durch Sparen. Für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik in Bund und Ländern <i>Dorothee Bär MdB und Stefan Müller MdB</i>	Seite 46
Aktivieren. Konzentrieren. Flexibilisieren. – Arbeitsmarktpolitik für Wachstum und Wohlstand <i>Johannes Pöttering</i>	Seite 54





## Handeln. Vorrang für Chancen

Die Mittelschicht in Deutschland bildet nicht nur das quantitative Zentrum des wirtschaftlichen und politischen Lebens, sondern besitzt auch eine normative Qualität. Die Mittelschicht ist die Zielgröße sozialer Mobilität in einer auf sozialen Ausgleich bedachten Aufstiegs- und Leistungsgesellschaft. Durch das in ihr verkörperte Versprechen an breite Gesellschaftsschichten, durch Leistungsbereitschaft aufsteigen zu können, leistete sie einen wesentlichen Beitrag zur sozialen und damit politischen Stabilität seit Gründung der Bundesrepublik. Zugleich sind diese Leistungsträger der Mittelschicht mit ihrer quantitativen Stärke die soziale Basis demokratischer Politik in Deutschland, die nach dem Zweiten Weltkrieg soviel erfolgreicher war als zur Zeit der Weimarer Republik. Diese gesellschaftliche und politische Ordnung fand ihren parteipolitischen Ausdruck in den beiden großen Volksparteien, der SPD und vor allem der Union aus CDU und CSU, die diese Ordnung begründeten und prägten.

Seit geraumer Zeit ist die Mittelschicht in Deutschland unter Druck geraten, sowohl von „oben“ als auch von „unten“. Der Druck von „oben“ geht vor allem von einem Teil der sozialen Elite im Bereich der Wirtschaft aus, der im Zuge der ökonomischen Globalisierung zunehmend danach trachtet, sich aus der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verantwortung in Deutschland zu lösen. Von dieser Position aus und auch mit dem Ziel forcierter Einkommensungleichheiten zu eigenen Gunsten, wurden dann zahlreiche erhöhte Anforderungen und Zumutungen in Richtung der leistungsbereiten und leistungsfähigen Mittelschicht kommuniziert und durchgesetzt. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung, die dazu führte, dass viele Menschen in Deutschland nun mit höherem Aufwand weniger erreichen können als früher und die deshalb Abstiegsängste nährt, ist die Mittelschicht auch von „unten“ unter Druck geraten. Dieser Druck besteht nicht – oder nicht primär – aus tatsächlichem Handeln, etwa in Form deutlich verringerter sozialer Stabilität, sondern

er vermittelt sich durch die Verbindung einer falsch orientierten Politik mit einer in den unteren Gesellschaftsschichten immer weiter verbreiteten Alimentationsmentalität. Diese falsche Politik, die vor allem Gerhard Schröder und die rot-grüne Bundesregierung zu verantworten haben, hat einerseits den großen Unternehmen in der Industrie und in der Finanzbranche Steuergeschenke in Milliardenhöhe bereitet und andererseits das Volumen sozialer Transferleistungen, denen keine Gegenleistung gegenübersteht, deutlich erhöht. Beides wurde im Wesentlichen von der Einkommensmittelschicht bezahlt, deren Gesamtbelastung mit Steuern und Abgaben bei insgesamt schwacher Einkommensentwicklung inzwischen sehr hoch ist und weiter steigt.

Weder die Entlastung der großen Unternehmen, noch die Ausweitung der Transferleistungen haben dabei die erwarteten Erfolge erbracht. Die großen Konzerne schaffen auch im temporären Aufschwung der vergangenen drei Jahre per Saldo keine neuen Arbeitsplätze und die Ausweitung der Transferzahlungen hat nur zur Verfestigung eines „Milieus der Abhängigkeit“ beigetragen, ohne die soziale Sicherheit der abstiegsgefährdeten Teile der Mittelschicht zu erhöhen und den unteren Schichten Wege zum Aufstieg zu eröffnen. Es ist angesichts dieser Entwicklungen nicht verwunderlich, dass sich im Parteiensystem und besonders bei den Volksparteien große Verschiebungen ergeben.

Der momentan noch ungebrochene Erfolg der SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ in Umfragen und mehreren Landtagswahlen, der unbestimmte und unbestimmbare Zick-Zack-Kurs der Sozialdemokratie zwischen Schröders Agenda und Zusammenarbeit mit der Linken, aber auch programmatische Unsicherheiten im Unionslager zwischen dem Willen zur Reformpolitik und den Zwängen der Großen Koalition lassen die Frage aufkommen, welches politische Angebot die Union der immer noch starken Mittelschicht der Gesellschaft machen soll. Einer Schicht, die Deutschland trägt und prägt, die den Großteil des Einkommens und der Steuereinnahmen erwirtschaftet, die soziale Sicherung finanziert und mit ihrem gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Engagement das soziale Leben in Deutschland formt. Allerdings haben in Teilen der Mittelschicht der erhebliche wirtschaftliche Anpassungs- und soziale

Mobilitätsstress der vergangenen Jahre zu Verunsicherung über ihre Zukunftsperspektiven und zu zunehmender Unklarheit in der politischen Orientierung und Erwartung geführt. Die politischen Debatten liefen dennoch auf eine Vernachlässigung der Mittelschicht hinaus. Es standen hauptsächlich Armutsrisikoquoten und Hartz-IV-Regelsätze sowie Millionengehälter und -abfindungen von Spitzenmanagern im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion und der Politik, als gebe es keine normalen Bürger mit durchschnittlichen Einkommen mehr.

Eine neue Politik, die junge Familien und andere Leistungsträger fördert, muss daher sowohl gegen die hohe Belastung durch den Staat und die damit einhergehenden Einschränkungen von Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten vorgehen, als auch die Alimentationsmentalität durch neue Aufstiegsperspektiven bekämpfen. Das kann vor allem durch ein ausreichendes Angebot wirtschaftlich tragfähiger Arbeitsplätze und eine offensive Bildungspolitik erreicht werden. Da mit einer niedrigeren Belastung der Einkommen – und somit höheren verfügbaren Einkommen – Abstiegsängste in der Mittelschicht gelindert und zugleich positive wirtschaftliche Impulse gesetzt werden, die für neue Arbeitsplätze sorgen, kann der Teufelskreis der Vergangenheit durch die Rückgabe von Einkommen vom Staat an die Bürger in einen Tugendkreis positiver Entwicklung und neuer Aufstiegsmöglichkeiten münden.

Ergänzt werden muss diese finanzielle Ermächtigung der Bürger durch die verstärkte Übernahme von politischer Verantwortung für die Gestaltung der ökonomischen Globalisierung. Die tiefe Krise des internationalen Finanzsystems zeigt sehr eindringlich, dass die Entwicklung der Globalisierung und des Kapitalismus der vergangenen 15 Jahre in eine falsche Richtung gegangen ist und in einer Sackgasse endet. Das bezieht sich nicht nur auf ihre negativen Auswirkungen wie die größere Einkommensungleichheit, die auf Dauer die soziale Stabilität der demokratischen Gesellschaften in den Industrieländern untergräbt oder die zum Teil verheerenden Folgen des neuen Kapitalismus in vielen Entwicklungsländern. Es gilt auch für die Binnenlogik des Finanzsystems, die nicht wie bisher fortgeschrieben werden kann, ohne dass es zu einem katastrophalen Kollaps kommt. Erforderlich ist hier der Mut zu einer globalen

Ordnungspolitik, die die Rahmenbedingungen für das Wirtschaftssystem wieder von den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Menschen und ihres sozialen Zusammenlebens ableitet und sie global durchsetzt. Unser Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft kann hierfür als Vorbild dienen, wenn die Rückbesinnung auf ihre Werte auch in Deutschland wieder stärkeren Niederschlag in konkreter Reformpolitik findet.

In den folgenden Beiträgen, die den Leitantrag zum diesjährigen Deutschlandtag „Handeln. Chancen schaffen.“ ergänzen, vertiefen oder mit ihm in kritischen Dialog treten, sollen der Lage der gesellschaftlichen Mitte nachgespürt und die Chancen und Herausforderungen für ihre politische Vertretung durch die Union herausgearbeitet werden. Dies geschieht sowohl mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und die politische Strategie, als auch in Bezug auf konkrete politische Angebote.

Im ersten Beitrag des Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Franz Walter werden die Selbstwahrnehmung und die Lebensbilder junger Menschen in unterschiedlichen Gruppen der in sich differenzierten Mittelschicht dargelegt und politische Diskussionen daran gespiegelt. Ohne unmittelbar politische Schlussfolgerungen zu ziehen, zeigt der Artikel die Breite möglicher Positionen für eine Volkspartei der Mitte auf.

Der Artikel des Chefvolkswirtes der Deutschen Bank, Prof. Dr. Norbert Walter, analysiert die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Veränderungsprozesse, denen die Mittelschicht ausgesetzt ist, diskutiert die Bedeutung und Bewertung der aktuellen statistischen Befunde über ihre wirtschaftliche Lage und Perspektive und spricht Empfehlungen für eine Politik im Sinne der Mittelschicht der Gesellschaft vor allem in der Steuer- und Abgaben- sowie der Bildungspolitik aus.

Der zu allen Zeiten kritische Veteran politischer Strategie der CDU, Dr. Heiner Geißler, stellt in seinem Text die wirtschaftliche und soziale Verfassung der deutschen Gesellschaft wie auch die langfristige strategische Positionierung der CDU in den Kontext globaler Entwicklungen. Dabei dringt der frühere CDU-Generalsekretär auf eine neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungsvision auf ethischer Grundlage und in

globaler Dimension als bestes politisches Angebot der Union an die Wähler der Mitte.

Im Beitrag des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Prof. Dr. Bernhard Vogel, werden die politischen Herausforderungen der Gegenwart an den erfolgreichen Grundwerten der CDU gespiegelt und die in ihr ruhende, ethisch fundierte Lösungskompetenz für die wesentlichen Fragen der Gestaltung einer freiheitlichen und sozialen Ordnung hervorgehoben.

Im Text des CSU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der JU Bayern, Stefan Müller, und der CSU-Bundestagsabgeordneten Dorothee Bär wird die konkrete Vision einer Steuer- und Haushaltspolitik im Sinne der Mittelschicht und des unternehmerischen Mittelstandes im Geist einer erneuerten Politik entworfen, die sich am Bürger und nicht am Staat orientiert.

Die dann folgenden Beiträge der Autoren aus dem Bundesvorstand der Jungen Union behandeln die Themenbereiche Arbeitsmarkt, Bildungspolitik, Verkehrsinfrastruktur und Energiepolitik, die allesamt für die ökonomischen und sozialen Entwicklungsperspektiven Deutschlands und besonders seiner Mittelschicht von großer Bedeutung sind. Es sind dies Handlungsfelder, in denen über das Vorhandensein oder das Fehlen von Lebenschancen für die Menschen konkret entschieden wird. In seinem Artikel zum Arbeitsmarkt skizziert der stellvertretende Bundesvorsitzende Johannes Pöttering die notwendigen Reformen einer Politik für Wachstum, Beschäftigung und Chancen in der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und auch der Familienpolitik. Stefan Gruhner und Tom Zeller richten ihr Augenmerk auf die politische Herausforderung, Bildung zu verbessern und mit ihr auch für benachteiligte Gruppen den Weg in eine erneuerte Chancengesellschaft zu eröffnen. Die Beiträge von Sven Spielvogel und Michael Radomski behandeln das Feld der materiellen Infrastruktur in den Bereichen Mobilität und Energie, die nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend sind, sondern auch selbstverständliche, aber oft vernachlässigte Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhaltes bilden.

CDU und CSU stellen im Angesicht der globalen Anforderungen an Deutschland und seine Bürger sowie vor allem im Hinblick auf die Belastungen und Bedrängnisse, denen die Mittelschicht in unserem Land ausgesetzt ist, die einzige authentische Vertretung der Interessen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mitte dar. Zwischen der Vergötzung des Kapitalismus und der Verabsolutierung sozialer Gleichheit bildet die Union die letzte verbleibende politische Kraft, in der sich Facharbeiter, mittlere und höhere Angestellte, Selbständige, mittelständische Unternehmer, Familien, Rentner, Aufstiegswillige und auch die wirklich Unterstützungsbedürftigen in unserem Land wiederfinden können. Diese besondere Stärke der Union als letzte und eigentliche Volkspartei gründet in ihren Werten und politischen Traditionen, dem christlichen Menschenbild, der katholischen Soziallehre und evangelischen Sozialethik sowie der Sozialen Marktwirtschaft, die am Beginn der Erfolgsgeschichte unseres Staates stehen und mit denen auch die Zukunft gestaltet werden kann. Dieses inhaltliche und politische Potenzial der Union ist nicht nur eine große strategische Chance im politischen Wettbewerb, sondern auch eine Chance für Deutschland, trotz aller Individualisierung und Differenzierung wieder zu einem stärkeren sozialen Zusammenhalt in einer erneuerten Chancengesellschaft zu finden.

*Philipp Mißfelder MdB ist Bundesvorsitzender der Jungen Union. Der Historiker ist seit 2005 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Er gehört dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie als ordentliches Mitglied sowie dem Ausschuss für Kultur und Medien als stellvertretendes Mitglied an.*

## Das Menetekel der Mitte

Im Zentrum der bundesdeutschen Gesellschaft hat sich im Kampf um Zukunftschancen über Bildungszertifikate mit der Zeit ein hartes Ringen entfaltet. Wie sehr die Höherwertung von Chancen durch Bildung nicht zu einer – von Sozialdemokraten oft erhofften – sozialen oder solidarischen Gesellschaft, sondern zu einer zunehmend tribalistischen Gesellschaft sich scharf abgrenzender Schichten und Lebenskreise führen kann, das zeigt auf fast bedrückende Weise eine neue Studie des Heidelberger Sinus-Instituts in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung über Lebensbedingungen und Einstellungen von Eltern in der bundesdeutschen Gegenwart.<sup>1</sup>

Kein Begriff taucht im abschließenden Forschungsbericht häufiger auf als der des „Drucks“. Eltern im Deutschland des Jahres 2008 fühlen sich vielfältig unter Druck gesetzt. Und ein entscheidender Grund dafür ist, dass Bildungszertifikate die Chancen für die Zukunft ihrer Kinder fixieren. Und in dieser Druck- wie Konkurrenzsituation grenzen sich die verschiedenen Elternmilieus schroff voneinander ab, verhindern auch, dass ihre Kinder mit dem Nachwuchs der jeweils unter ihnen verorteten Schichten in Kontakt geraten. Das klassische Bildungsbürgertum achtet neuerdings mehr als in den vergangenen drei Jahrzehnten darauf, dass ihre Sprösslinge nicht mit den „Parvenüs“ aus dem Mittelstand ihre Freizeit verbringen. Und die kleinbürgerliche Mitte unterbindet entschlossenen Begegnungen mit Familien aus der „Underclass“. Denn dort wittert sie kulturelle Verwahrlosung, haltlosen Konsumismus, unheilstiftende Disziplinlosigkeiten.

Die soziale Mitte in Deutschland ist geradezu in Panik, dass sie für ihre Kinder lebensentscheidende Gelegenheiten verpasst, die Weichen für künftige Karrieren nicht rechtzeitig stellen könnte. In den Haushalten der Mitte findet man Beziehungsratgeber aller Art, Bücher zur frühkindlichen Förderung, Publikationen über Lese- und Lernstoff für den rei-

bungslosen Übergang von der Grundschule zum Gymnasium, Tipps für ein Auslandsjahr von Schülern nach Abschluss der Mittelstufe. Die Mitte will partout nichts falsch machen, will um nichts in der Welt eine Chance zur besseren Ausbildung und Qualifikation ihrer Kinder versäumen. Im Zuge dieses Chancen-Nutzen-Drucks über Bildungszugänge aber hat sich das Eltern-Kinder-Verhältnis zu einem eisernen Förderungs- und Forderungsverhältnis transformiert, in der nunmehr Schule, Unterricht, Lehrer und vor allem Noten vollauf im Mittelpunkt stehen. Chancen und Noten verschmelzen miteinander; die Note wird zum Seismograph für Tüchtigkeit, Leistungsbereitschaft, Erfolg im gnadenlosen Chancenwettbewerb. Und insofern wird die gute Note in der Familie der Mitte und des Establishments weithin finanziell prämiert.

Vor allem Familien der gesellschaftlichen Mitte gehen dabei bis an die Grenze ihrer Belastungsfähigkeit. Das Förderungs- und Belohnungssystem für die Zukunftsinvestitionen in den eigenen Nachwuchs zehren an den materiellen und psychischen Ressourcen. Klavier- und Ballettunterricht kosten, die Nachhilfe ebenfalls, die Reitstunde und der Sprachaufenthalt in England erst recht. Das alles erfordert berufliche Anspannung beider Elternteile und mindert so bei ihnen die Zeit für Aufsicht und Erziehung gegenüber den Kindern, was dann durch außerfamiliäre Betreuungspersonen und -einrichtungen kompensiert werden muss. Auch das ist mit hohen Kosten verbunden; und es verschafft den Eltern der sozialen Mitte zugleich ein chronisch schlechtes Gewissen, den Lernprozess ihrer Kinder nicht ausreichend individuell begleitet zu haben.

Die Mitte-Familien wirken im Zuge des allgegenwärtigen Wettbewerbsdrucks derzeit erschöpft, verunsichert, von der Furcht gepeinigt, gravierende Fehler zu machen, die ihrem Nachwuchs die Zukunft kosten könnte. Die hochanpassungsbereite Mitte hat in den letzten Jahren fast alles mitgemacht, was die meinungsführenden Eliten von ihnen herrisch verlangt haben: Sie haben fremde Sprachen gelernt, haben sich jede technologische Innovation angeeignet, haben Fortbildungskurse besucht, haben die Arbeitszeit nach Bedarf gestreckt und verlängert. Doch hat die bürgerliche Mitte das Gefühl, dass diese ihr abverlangte Adaptions-

leistung kaum honoriert wurde. Sie sehen sich als die eigentlichen Verlierer der Sozialreformen, bei den Korrekturen von Pendlerpauschalen, Eigenheimzulagen, anfangs auch in der Gefahr des raschen Absturzes in das Arbeitslosengeld II, dass sie, die notorisch Fleißigen, mit Stadtstreichern etc. zusammenwürfelt. Jetzt zahlen sie in mehreren Bundesländern für ihre Kinder auch noch Studiengebühren, obwohl unsicherer denn je ist, ob ihr Nachwuchs trotz einer akademischen Ausbildung den hart erkämpften familiären Status wird halten, gar ausbauen können. In keinem anderen Milieu indes ist der Aufstiegsimperativ elementarer, identitätsstiftender als in der Mitte; gerade dort aber zweifelt man zunehmend an den Möglichkeiten des weiteren Aufstiegs der zum Abitur und Studium getrimmten eigenen Kinder. Insofern fühlt sich ein großer Teil der Mitte wirklich gesellschaftlich „vernachlässigt“, wie es Guido Westerwelle und seine Freien Demokraten seit einiger Zeit beschreiben – doch ist das in einem erheblichen Maße Folge jener Gesellschaftsveränderungen, die zuweilen als neoliberal charakterisiert werden.

Die Mitte hat, so zeigen es alle Expertisen der letzten zwei Jahre, die Nase voll von Mobilisierungsappellen, von kühnen Versprechen, dröhnenden Ruck-Reden. Die Mitte reagiert unmittelbar misstrauisch, wenn ihnen Teleprofessoren, Politiker oder Wirtschaftsführer mit Begriffen wie „Agenda“, „Synergie“ oder „Clusteroptimierung“ kommen. Die Mitte des Jahres 2008 möchte Kalkulierbarkeit, verlangt nach Soliditäten, keineswegs nach Visionen. Kirchhoff und Merz wären weiterhin nicht die Helden der rechten Mitte.

Vor allem die jungen Männer um die 20 und mit Abitur trauen der Zukunft nicht.<sup>2</sup> Bei ihnen grassiert die Angst davor, sich falsch zu entscheiden; es kursiert die Furcht vor dem Scheitern. Seit der Oberstufenzeit werden sie von Lehrern und Eltern gemahnt, an gute Noten zu denken, ein beruflich aussichtsreiches Studienfach auszuwählen, nicht – wie ganze Studentengenerationen vor ihnen – schweifend nach Erkenntnis und auch ein bisschen trinkseligen Lebensgenuss zu suchen, sondern ohne Verzug zielstrebig den Abschluss anzusteuern. Einiges davon werden auch die jungen studierenden Frauen von ihren Eltern zu hören bekommen. Doch reagieren sie darauf erkennbar gelassener, weniger

bedrückt als ihre männlichen Pendants, die sich im Jahr 2008 mental auf eine Weise überfordert fühlen wie selten zuvor in den zurückliegenden Jahrzehnten. In der Tat: Die Erwartungen, die an sie gerichtet werden, sind gewachsen, sind vor allem erheblich widersprüchlicher geworden. Und für die neue Vielfalt nicht ganz leicht kombinierbarer Rollen fehlen noch die orientierenden Maßstäbe. So wächst sich bei den 20-jährigen männlichen Geschlechts eine spezifische Bangigkeit fast schon zum Trauma aus: Sie halten es für möglich, mit größten Anstrengungen zwar sämtliche an sie gerichteten Erwartungen zu realisieren – am Ende aber doch als Gescheiterte dazustehen.

Die Paranoia des Scheiterns bezieht sich dabei keineswegs allein auf die Berufsperspektive, sondern im erheblichen Maße auf das Verhältnis zu den gleichaltrigen Frauen. Die zwanzigjährigen Männer tragen nach wie vor am Anspruch, künftig als Haupternährer der Familie zu agieren, Karriere machen, sich in einer unsentimentalen Leistungsgesellschaft mit Härte durchzusetzen zu müssen. Zugleich aber wissen sie, dass ihre (potenziellen) Partnerinnen zudem andere Eigenschaften und Verhaltensweisen von ihnen verlangen. So sollen sie später die Familie nicht dem Beruf unterordnen, sollen natürlich in gleichen Teilen wie die Frau am Haushalt mitwirken, sollen sich gleichverantwortlich um Aufzucht und Erziehung der Kinder kümmern, haben einfühlsame Problemversther und aufmerksame Zuhörer zu sein.

Den 20-jährigen Männern bereiten die unterschiedlich gelagerten Rollenanforderungen erkennbar die größten Probleme. Denn schließlich: Ein bisschen haben sie auch weiterhin Machos zu sein, nach überlieferter Art auf die Beutejagd zu gehen; doch sollen sie ebenso Zartheit zeigen, Einfühlsamkeit beweisen. Man(n) hat als „As“ im unerbittlichen Wettbewerb der Karrieren den Rivalen rüde aus dem Feld zu schlagen; zugleich aber auch als Vorbild am Wickeltisch sowie als phantasievoller Erzähler von Märchen zu überzeugen. Und selbst wenn sie all diese Rollen virtuos miteinander kombinieren, könnten sie – so die tiefsitzende Grundbesorgnis der 20-jährigen Männer – am Ende dann doch von ihrer (künftigen) Partnerin die Koffer in die Hand gedrückt und die Tür gezeigt bekommen.

Junge Männer haben infolgedessen nicht mehr den Eindruck, dass sie die souveränen Autoren ihrer eigenen Biographie sind. Andere, so empfinden sie es bedrückt, schreiben und definieren ihnen ihre Rolle für das Drehbuch des Lebens. Etliche junge Männer ziehen sich im Zuge dieser Entwicklung mutlos und ängstlich aus den öffentlichen Prozessen zurück. In Japan wird dieses Phänomen des jung-männlichen Eskapismus als „Hikikomori“ bezeichnet. Dort wird es mittlerweile als besorgniserregende Pathologie entstrukturierter Gesellschaften behandelt, in denen individuelle Fehlentscheidungen nicht mehr durch traditionsgestiftete Vergemeinschaftungen aufgefangen und in ihren Folgen abgemildert werden, was gerade jungen Männern, die untergründig noch die klassischen Bilder und verantwortungsschweren Leiterwartungen in sich tragen, schwer zu schaffen macht.

Man mag über solcherlei Leidenssyndrome den Kopf schütteln, auch spotten. Aber in der Befindlichkeit dieser Gruppe deuten sich Schlüsselprobleme des 21. Jahrhunderts an: Die Vermehrung individueller Chancen und Möglichkeiten bedeutet stets auch die Multiplikation von individuell zu ertragenden Irrtümern und Fehlgriffen. Großartige Gelegenheiten werden mit verheerend verpassten Gelegenheiten korrelieren. Auch und vor allem: Die Rollen werden gegensätzlicher und immer schwieriger auszubalancieren.

Doch natürlich muss man sich hüten, Lebenslagen und Einstellungen allein aus der Perspektive und Selbstdeutung junger akademischer Menschen zu bewerten. Die Vorstellungen über das angestrebte Leben nach der Schule und Ausbildung sehen in Kreisen von jungen Männern mit mittleren schulischen Zertifikaten und mittleren beruflichen Karriereaussichten – kurz: der Mitte – in vielerlei Hinsicht anders, im übrigen oft durchaus höchst traditionalistisch aus.

Junge Männer der Mitte stoßen bei ihren (künftigen) Partnerinnen auf nicht ganz so große Ehrgeizigkeiten wie im akademischen Sektor. Schließlich streben die Frauen der mittleren sozialen Lage auch selbst nicht in die obersten Etagen der Berufswelt. Sie wollen eine vernünftige Ausbildung, legen Wert auf einen sozial anerkannten Beruf, hätten

auch gerne realistische Aufstiegsmöglichkeiten – fürchten aber, dass die Kletterseile nach oben für Menschen ohne Abitur weniger zahlreich verfügbar sind als noch in den 60er bis 80er Jahren.

Dennoch: Der Lebensplan auch junger Leute der „Mitte“ ist präzise durchkomponiert: Erst die gediegene Ausbildung, darauf eine möglichst unbefristete berufliche Anstellung, Partnerschaft und Ehe, dann Wohnung mit Ziel eben auf das eigene Haus, schließlich Kinder. Man vertraut, dass bei dieser durchaus harten und langen Strecke die Eltern, Schwiegereltern, Großeltern behilflich sind, dass also das Modell Familie ihre Lebens- und Solidaritätskraft unter Beweis stellt. Für all das muss gewissenhaft gespart werden, die eigene Position gesichert sein, dann erst sollte man Kinder in die Welt setzen, denen schließlich etwas geboten werden muss, wollen sie sich hernach in der harten Konkurrenz der modernen Gesellschaft behaupten können.

So denkt, so sorgt sich die Mitte. Auch in dieser Lebenswelt sind die Ängste der jungen Männer ein Stückchen größer als die der Frauen. Gerade die Männer sehnen sich nach Stabilität, partnerschaftlich: nach einer sicheren, lebenslang andauernden Bindung in einer intakten Familie. Die Aussicht, dass ihre Ehe scheitern könnte, ist ihnen mit ihren 20 Jahren bereits schrecklich.

Die Frauen der Mitte setzen den Primat nicht dominant im Beruf. Ganz überwiegend ist es ihnen wichtig, nach der Geburt der Kinder für Jahre mit ihrem Job auszusetzen, zu Hause zu bleiben, die Kinder zu betreuen, zu fördern, sie anzuregen – um den weiteren Lebensweg der Töchter und Söhne energisch zu bahnen. Erst dann wollen sie wieder durch Rückkehr in den Job verstärkt zum Familieneinkommen beitragen.

Insofern befinden sich Frauen dieser Lebenswelt in einer Position, die im fortschrittlichen Feuilleton wenig Beifall findet. Insofern müssen die jungen Mitte-Frauen ihre Position subjektiv aufwerten. Dies geschieht oft durch Abwertung der Lebensmuster oberhalb wie unterhalb des eigenen sozialen Orts. Mitte-Menschen wännen sich gern als Fels in der

Brandung moralischen Zerfalls. Und die jungen Mitte-Frauen des Jahres 2007 schimpfen über die verantwortungslosen Mütter unten, die ihre Kinder durch Fast-Food und unbegrenzten Fernsehkonsum verwahrlosen lassen. Und sie ereifern sich mindestens ebenso heftig über die „karrieregeilen Frauen“ oben, denen pure Egozentrik unterstellt wird, da sie, um beruflich voranzukommen, ihre Kinder bedenkenlos in Horte und andere Ganztageeinrichtungen „abgeben“.

Die jungen Mitte-Männern verstehen sich im überlieferten Sinn als Haupternährer der Familien und „Kämpfer draußen“. Zwar ist ihnen wichtig, ein wenig mehr Zeit für die Kinder aufzubringen, als es noch bei den eigenen Vätern der Fall war. Man möchte schon gerne mit dem eigenen Nachwuchs an Sonntagnachmittagen in den Zoo gehen, im Kino einen Kinderfilm sehen, einige Stunden im Spaßbad verbringen. Gleichwohl hofft man, wie jüngere Untersuchungen deutlich gemacht haben, dass es auch in der eigenen künftigen Partnerschaft so weitergehen mag, wie viele es aus dem Elternhaus kennen: Für Wäsche, Raumpflege, tägliche Mahlzeiten möchte der Jungmann der Mitte primär die Frauen zuständig sehen. Eine gleichgewichtige Aufgabenverteilung jedenfalls möchte er nicht so recht akzeptieren.

Ganz und gar schlecht stehen die Chancen, damit durchzukommen, nicht. Denn die jungen Frauen in den deutschen Mitte-Milieus sind eher geneigt, den Rechtfertigungen ihrer potentiellen männlichen Partner für die zurückhaltende Bereitschaft, an Erziehungs- und Haushaltsaufgaben gleichgewichtig zu partizipieren, mit Verständnis zu begegnen. Denn das Männer-Bild der jungen Mitte-Frauen trägt, wie eine neuere Erhebung aus dem Bundesfamilienministerium zeigt, noch bemerkenswert traditionelle Züge: Der Mann bleibt Hauptversorger, dessen Aufgabe es ist, durch beruflichen Erfolg für ein stabiles Auskommen und gutes Ansehen der Familie im nachbarschaftlichen und verwandtschaftlichen Umfeld zu sorgen. Und da es in der Berufswelt heute denkbar rau zugeht, da dort mit rüden Rivalen jederzeit zu rechnen ist, daher kann der Ehemann und Vater der Kinder der Mitte-Frauen nicht sorglos gut-häuslich sein, Säuglingen fröhlich die Pampers anlegen oder beflissen den Flur schrubben.

Ein solcher Mann gilt dann auch bei jungen Frauen der bundesdeutschen Mitte in erster Linie als beträchtliches Risiko für das genuine Lebensziel: eigenes Haus, großer Garten und Kinder, die es einmal weit bringen sollen. Sie wissen: Der Rutsch nach unten ist realistischer als der Sprung nach oben. Mitte-Menschen haben das in den letzten Jahren hochsensibel wahrgenommen. Fast jeder in der Mitte hat während der letzten Jahre in seinem Nahbereich den sozialen Absturz eines Zugehörigen der eigenen Schicht bestürzt verfolgt. Und so bildet die Abstiegsgefahr das Trauma schlechthin für die Mitte – auch hier: am stärksten für die Männer, die stets das Menetekel des Scheiterns in ihrer heterogenen Rollenvielfalt vor Augen haben.

*Prof. Dr. Franz Walter hat den Lehrstuhl für Parteienforschung am Seminar für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen inne.*

- <sup>1</sup> Tanja Merkle und Carsten Wippermann, Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten, Stuttgart 2008.
- <sup>2</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), 20-jährige Frauen und Männer heute. Lebensentwürfe, Rollenbilder, Einstellungen zur Gleichstellung, Berlin 2007.

## Erosion der Mittelschicht – Was ist zu tun?

„Verlust der Mitte“ heißt ein Phänomen, das seit längerem Konsumforscher und Marketingexperten beherrscht. Gemeint ist die Tatsache, dass bei vielen Waren das niedrigpreisige und das hochwertige Segment boomen, während die Angebote in den mittleren Preiskategorien kaum Interesse finden. Man geht zum Discounter auf der grünen Wiese oder kauft auf der Kö in Düsseldorf und anderen feinen Lagen. Der Fachhandel darbt. Jetzt aber ist, wenn man über Verlust der Mitte spricht, die gesellschaftliche Mittelschicht gemeint. Diese Gruppe empfindet, dass ihr der Teppich unter den Füßen weggezogen wird. Diese Gruppe macht sich existentielle Sorgen um ihre Zukunft, sie schrumpft der Zahl nach.

Diese These gibt Anlass zur Sorge. Gilt doch die Mittelschicht in Deutschland als das Rückgrat von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Die Mittelschicht stellt überwiegend die Fachkräfte und Leistungsträger in unseren Unternehmen. Sie trägt mit ihrer berufsorientierten Ausbildung und ihrem Arbeitsethos viel zur Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei. Aus dieser Mitte rekrutieren sich so wichtige Berufsgruppen wie die Handwerker, Freiberufler und andere Selbstständige. Das bürgerliche Engagement, vor allem die Arbeit der Vereine und vieler karitativer Einrichtungen wäre ohne die aktive, breite Mitwirkung dieser Schicht kaum denkbar. Und nicht zuletzt tragen die Bürger mit mittlerem Einkommen wesentlich zur Finanzierung des Staates und insbesondere der Sozialversicherungen bei. Diese Mittelschicht ist nun auf der einen Seite durch die Globalisierung herausgefordert, treten doch viele hunderte Millionen Menschen in den Schwellenländern in die internationale Arbeitsteilung ein – sie bieten ihren Arbeits- und Lerneifer zu oft weit niedrigeren Löhnen an. Auf der anderen Seite entfällt durch die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung wegen der umlagefinanzierten Sozialversicherung eine dramatisch steigende Steuer- und Abgabenlast auf diese Gruppe. Und die Mittelschicht fürchtet, dass sie

zwar diese drückende Last zu schultern hat, aber keine realistische Erwartung haben darf, für sich selbst im Alter und im Krankheitsfall vom künftigen Kollektiv ähnlich gut versorgt zu werden. Die Erosion der Mittelschicht ist eine politisch höchst brisante Perspektive. Bevor man freilich für die wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Therapie zu weitgehenden Schlussfolgerungen schreitet, sollten die Fakten einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

### Fakten-Check

Den jüngsten Zahlen des DIW zufolge hat sich die Gruppe der Bezieher mittlerer Einkommen in den vergangenen Jahren in Deutschland deutlich verkleinert. Waren es im Jahr 2000 noch 62 Prozent der Bevölkerung, sind es im Jahr 2006 lediglich noch 52 Prozent. Damit ist die so genannte Mittelschicht in sechs Jahren um etwa fünf Millionen Menschen geschrumpft. Selbst der Aufschwung der Jahre 2005 bis 2007 ist bei vielen Bürgern nicht angekommen. Die nun bevorstehende Konjunkturabkühlung lässt befürchten, dass sich dieser Prozess noch verschärfen könnte.

Freilich hängt hinsichtlich des empirischen Befundes manches von den Definitionen ab. In der DIW-Studie wird Mittelschicht dadurch definiert, dass man 70 bis 150 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient. Dieser Definition folgen auch andere Studien. Der Bevölkerungsanteil an den Verteilungsrändern ist gestiegen, wobei die Abwärtsmobilität in der Mittelschicht stärker ausgeprägt ist als der Aufstieg in höhere Einkommensklassen. Den höchsten Bedeutungszuwachs seit 2000 verzeichneten mit sieben Prozent die Schichten, die über weniger als 70 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügen (mittlerweile über ein Viertel der Bevölkerung).

Die Interpretation dieser kräftigen Zunahme sollte jedoch nicht vorschnell erfolgen. Denn es hat nicht über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg ein sozialer Abstieg stattgefunden. Vielmehr lassen sich zwei Gruppen identifizieren, die am deutlichsten von dem sozialen Abstieg

betroffen sind. Zum einen Migranten, die fast drei Viertel der Zuwächse bei den einkommensschwachen Haushalten auf sich vereinen und zum anderen Alleinerziehende, bei denen über die Hälfte den einkommensschwachen Haushalten zuzuordnen sind. Aber man darf nicht vergessen, dass es auch gesellschaftliche Gruppen gibt, die offenkundig sozial eher aufgestiegen sind oder zumindest nicht in dem Ausmaß vom Abstieg betroffen sind. Hierbei handelt es sich um ansässige Paare und Ältere. Von den 2,1 Millionen, die laut DIW zwischen 1996 und 2006 zu den Einkommensstarken hinzukamen, waren 52 Prozent ansässige Paare und 45 Prozent hatten das 64. Lebensjahr überschritten.

### **Gründe für die Ausdünnung der Mittelschicht**

Für die genannten Trends gibt es nicht einen, sondern mehrere Gründe. Wir haben es mit einem Ursachenbündel zu tun, zu dem neben wirtschaftlichen Faktoren wie der Globalisierung und – wichtiger noch – der IT-Revolution, der demografische Wandel, aber auch gesellschaftliche Umbrüche gehören. Einige der Fehlentwicklungen, die die Mitte belasten, sind dabei von der Politik verursacht.

Globalisierung und technischer Fortschritt haben der deutschen Wirtschaft neue große Chancen eröffnet. Davon zeugen die Erfolge der deutschen Unternehmen auf den globalen Märkten. 2008 wird Deutschland wohl zum fünften Mal in Folge Warenexportweltmeister werden. Aber die Entgrenzung der Märkte und die technische Revolution haben auch einen enormen Anpassungsdruck erzeugt. Dem konnten nicht alle Unternehmen und vor allem nicht alle Beschäftigten standhalten. Dabei waren Chancen und Risiken nach Branchen, Regionen und vor allem Qualifikationen nicht gleich verteilt. Neben Gewinnern gab es auch Verlierer. Um in einer sich immer rascher globalisierenden Welt mit immer schnellerem technischen Fortschritt auf der Gewinnerseite zu stehen, erfordert es hohe Weiterbildungsbereitschaft und viel Flexibilität, wie etwa auch einmal umzuziehen. Dies haben oftmals auch die Angehörigen der Mittelschicht nicht leisten können oder wollen. Aber ohne verstärkte räumliche Mobilität und berufliche Flexibilität kann es im 21. Jahrhun-

dert keine günstigen Erwerbsperspektiven geben. Die alte Forderung, die Arbeit solle zu den Menschen kommen ist wohlfeil, basiert aber im Zeitalter der Globalisierung auf einer Illusion. So macht es etwa keinen Sinn komplexe Konsumprodukte für Kunden mit sehr hohen Ansprüchen wie – etwa Premiumautos – im Jemen produzieren zu wollen.

Für die Beurteilung der Zukunftsperspektiven wäre es wichtig zu analysieren, wie jene Faktoren aussehen, die eine professionelle und/oder räumliche Anpassung verhindern. Leider fehlen systematische Studien solcher Verhaltensmuster. Viele Veränderungen bei Größe und Zusammensetzung der Mittelschicht stammen jedoch nicht aus der Globalisierung oder den technischen Umwälzungen. Viele sind Konsequenz gesellschaftlicher Veränderungen. Im Verlaufe der letzten Jahrzehnte gab es viele Prozesse individueller und gesellschaftlicher Veränderungen, die sich am Ziel der individuellen Freiheit, der Selbstverwirklichung und der persönlichen Unabhängigkeit orientiert haben. Dabei wurde systematisch die Verantwortung vom Individuum bzw. der Gruppe zum Kollektiv verlagert. Solche Prozesse hatten auch eine stark zunehmende Zahl der Alleinerziehenden zur Folge. In kaum einer Gruppe ist das Risiko aus der Mittelschicht herauszufallen so groß, wie in dieser. Ein anderes Phänomen, das die Zahl der Einkommenschwachen vergrößerte, ist die zunehmende Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund. Die Art der Gestaltung der Zuwanderung (wie der liberalisierte Familienzuzug) und die noch zeitweise höhere Geburtenhäufigkeit in diesen Gruppen sorgen dafür, dass auch dieses Segment sich überproportional ausweitet. Zudem sollte nicht übersehen werden, dass ein nennenswerter Teil der Einkommenschwachen nun wahrlich nicht dem Prekariat zugerechnet werden sollte, da es sich bei ihnen – so etwa den Studenten – um zeitweise Einkommenschwache mit zumeist sehr günstigen Einkommensperspektiven handelt.

In all diesen Fällen wäre die Interpretation „Auflösung der Mittelschicht“ wohl falsch. Vielmehr repräsentiert dies eine Gesellschaft, in der Menschen zeitweise weniger verdienen (Studenten) oder aber aus noch ungünstigeren sozialen/ökonomischen Verhältnissen in ein vergleichsweise intaktes Land kommen (Migranten). Ein dynamischer Befund für ein

Land im Niedergang ist diese Faktenlage indes nicht. Ebenso wie die „Absteiger“ aus der 70-bis-150-Prozent-Durchschnittseinkommensgruppe nicht einfach zu qualifizieren sind, sollte man auch die Aufsteiger nicht zum Nominalwert verkommen lassen. Die meisten, die in den letzten Jahren in die Gruppe jener aufgestiegen sind, die 150 Prozent und mehr des Durchschnittseinkommens beziehen, sind aus der Gruppe der Über-65-jährigen. (Die Übrigen sind oft einheimische Paare mit Kindern). Die erste Gruppe zählt freilich zu einer begünstigten Gruppe, die „ausstirbt“. Es sind jene mit einer vollen Erwerbsbiografie, die jetzt aus dem Berufsleben ausscheiden und die neben einer vollen gesetzlichen Rente oder Beamtenversorgung oftmals finanzielles Vermögen akkumulieren konnten. Diese Aufsteiger wird es künftig immer seltener geben, sind doch die Erwerbsbiografien immer öfter gebrochen und ist wegen der hohen Steuer- und Abgabenlast vielfach die Ansammlung von Vorsorgevermögen erschwert.

### **Unerträglicher Zugriff des Staates auf die Mittelschicht**

Der Staat hat in den letzten Jahrzehnten die Mittelschicht zunehmend ausgemergelt. Allein die Einkommensteuer beträgt für einen Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen (rund 2.500 Euro pro Monat) rund 5.034 Euro pro Jahr bzw. knapp 17 Prozent seines Bruttoeinkommens. Bei Arbeitnehmern mit einem Einkommen an der Rentenbeitragsgrenze (5.300 Euro pro Monat) fordert der Fiskus sogar 17.845 Euro pro Jahr, was in etwa 28 Prozent seines Bruttoeinkommens entspricht. Zusätzlich muss ein Durchschnittsverdiener 5.930 Euro im Jahr an die Sozialversicherungen abführen, was sich durch den Arbeitgeberanteil nochmals verdoppelt (Arbeitnehmer mit einem Einkommen an der Beitragsbemessungsgrenze sogar 10.877 Euro pro Jahr). Bezogen auf die Arbeitsentgelte eines Arbeitnehmers an der Bemessungsgrenze insgesamt sind die Abzüge für Sozialbeiträge (inkl. Arbeitgeberanteil) und Lohnsteuern von 34 Prozent im Jahre 1970 auf über 47 Prozent in 2006 gestiegen. Zu diesem Anstieg haben die höheren Sozialbeiträge besonders stark beigetragen.

Teilweise resultiert dies aus der kalten Progression. Berechnungen des IfW Kiel zufolge steigt in Deutschland das Lohnsteueraufkommen um 1,9 Prozent wenn die Lohnsumme um ein Prozent zunimmt. Durch die kalte Progression sind so selbst Angehörige der Mittelschicht über die Jahre zu Spitzensteuerzahlern gemacht worden. War der Spitzensteuersatz 1958 noch anzuwenden beim 20-fachen des Durchschnittseinkommens, so greift er heute bereits beim 1,3-fachen des Normaldurchschnittsverdienstes.

Durch diese hohe Abgabenlast kommt immer weniger vom Bruttolohn bei den Arbeitnehmern an. Somit wird breiten Bevölkerungsschichten der Vermögensaufbau doppelt erschwert. Denn die steigenden Abgaben bremsen das Wirtschaftswachstum und damit die Einkommensentwicklung sowie tendenziell auch die Renditen am deutschen Finanzmarkt. Zum anderen fehlt den Bürgern das für eine höhere Ersparnisbildung notwendige zusätzliche Einkommen.

Außerdem bezieht sich die massive Besteuerung mittlerweile mitnichten nur auf die Arbeitseinkommen. Problematisch ist auch die Besteuerung der Vermögenserträge. Diese wird von der Bevölkerung kaum akzeptiert, da es sich dabei gleichsam um eine Doppelbesteuerung von bereits besteuertem Einkommen handelt. Diese doppelte Belastung des Vermögensaufbaus aus Erträgen wirkt negativ auf die Sparbereitschaft und das in einem Land, dessen Perspektive für die gesetzliche Altersvorsorge alles andere als rosig ist.

### **Die Mittelschicht kann nicht zur Disposition stehen**

Die Mittelschicht, die in so wichtigen Funktionen die Gesellschaft trägt, kann nicht weiterhin in ihrem Bestand gefährdet werden. Leistungswille und Eigenverantwortung können unter den derzeitigen Bedingungen nicht gedeihen. Zu oft besteht das Risiko in die untere Einkommensklasse abzurutschen und die Chancen und Anreize für den Aufstieg in die oberen Einkommensgruppen sind allzu gering.

Um diesen beklagenswerten Zustand zu ändern, gilt es an vielen Stellen anzupacken. Steuer- und Abgabepolitik sind hierbei nur eine Facette. Es gilt die kalte Progression zu vermeiden. Es muss verhindert werden, dass Durchschnittsverdiener durch Erhöhungen der Bemessungsgrenzen auch bei der Sozialversicherung faktisch (real) progressiv belastet werden. Die Besteuerung von Vermögen und Kapitalerträgen sollte nicht die Bereitschaft zur privaten und betrieblichen Vorsorge torpedieren. Die Riesterrente ist hierfür ein prinzipiell geeigneter Ansatz, aber zu klein und überreglementiert, um die Rentenlücke zu schließen. Zudem sollte dem Empfinden der Mittelschicht, von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt zu werden, dadurch begegnet werden, dass man die Mitarbeiterbeteiligung stärkt. Damit würde man sowohl dem Empfinden der Leistungsgerechtigkeit entsprechen, wie auch eine Teilhabe- und Verantwortungsgesellschaft etablieren, ein Modell, das etwa in Ländern wie Schweden, Holland oder der Schweiz weitgehend verwirklicht ist. Damit wäre auch der Weg geebnet zu einer viel weitergehenden gesellschaftlichen Veränderung, die die Debatte über die Mittelschicht in eine ganz andere Dimension heben würde. Es käme darauf an, aus Deutschland ein Land mit mehr Unternehmen und mehr unternehmerischem Geist zu machen. Dazu sind die Neiddebatte und Ansätze wie die Reichensteuer die falschen Wege. Eine radikale Steuerreform à la Kirchhof wäre hier zielführender.

Da große Risiken in unserer Gesellschaft vor allem für Personen mit Migrationshintergrund und für Alleinerziehende bestehen, kommt es für die Lösung der Aufgaben darauf an, in beiden Bereichen deutlich aufmerksamer zu sein. Zuwanderung sollte künftig vor allem in das deutsche Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt erfolgen, anstelle der faktischen Bevorzugung der Integration in die Sozialsysteme. Ohne umfassende Integrationsanstrengungen – ausgehend von obligatorischer Vorschule über Tutoren bis hin zu Angeboten in gesellschaftlichen Einrichtungen mitzuwirken – wird sich dieses Problem reproduzieren. Ebenso kommt es darauf an, dass die Gesellschaft, Betriebe und staatlichen Einrichtungen Chancen für Alleinerziehende ermöglichen, beruflich am Ball zu bleiben und gleichzeitig kreativ ihre Bildungs- und Betreuungsaufgabe für Kinder (oder auch zu betreuende Ältere) zu leisten.

Es scheint, als ob die Notwendigkeit einer Bildungsoffensive erkannt wurde. Bildung ist und bleibt sicher die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und ist der Schlüssel zu Partizipation am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Die starke Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen und ethnischen Herkunft in Deutschland ist beschämend und muss verringert werden. Neben einer erfolgreichen Erstausbildung muss in Deutschland noch sehr viel mehr in das Konzept des lebenslangen Lernens investiert werden. In einer sich immer schneller wandelnden Welt und in Anbetracht der Alterung der deutschen Bevölkerung kann man die Wichtigkeit von Weiterbildung kaum überschätzen.

Weder die Betriebe noch die Mitarbeiter haben bislang die Bedeutung der Weiterqualifizierung erkannt. Die Mittel, die dafür aufgewandt werden, sind geradezu lächerlich. Aber auch die Bildungseinrichtungen haben bislang keine entsprechenden Konzepte vorgelegt und signalisieren damit nicht die dort zweifellos verborgenen Marktchancen. So besteht das Risiko, dass angelsächsische Einrichtungen sich diesen Markt ebenso wie jenen der exzellenten Tertiärausbildung im Weltmaßstab sichern.

### **Mittelschicht – aussterbende Art?**

Hier würde ich mit Mark Twain antworten: „Die Nachrichten über meinen Tod sind übertrieben.“ Und wer Schülern von heute nicht vermitteln kann, dass sich ihre Chancen – so sie motiviert und gut ausgebildet werden – von denen aller ihrer Vorfahren deutlich, und zwar zum Besseren unterscheiden, der hat seine Aufgabe nicht erfüllt. Ich möchte noch einmal sechs Jahre alt sein! Die Welt stand noch nie so offen und hat so viel geboten wie heute!

*Prof. Dr. Norbert Walter ist der Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe und der Geschäftsführer der Deutsche Bank Research.*

## Neue Ordnung für die Welt

Ob die CDU auch in der Zukunft die führende politische Kraft in Deutschland bleibt, wird davon abhängen, ob es ihr gelingt, eine in die Zukunft weisende Vision zu entwickeln, die den Menschen, vor allem den jungen Menschen, wieder eine Perspektive gibt in einer krisengeschüttelten globalisierten Welt. Sie muss zunächst die Konsequenzen aus der verlorenen Bundestagswahl 2005 ziehen. Die CDU hatte vor drei Jahren nicht in erster Linie ein Marketingproblem, sondern sie hat die Wahl verloren, weil sie ohne ein Zukunftskonzept in den Wahlkampf gegangen ist. Man kann den Menschen nicht Hoffnung und Zuversicht vermitteln, wenn man die Gewerkschaften bekämpfen, den Kündigungsschutz abbauen, den Flächentarifvertrag und die Pendlerpauschale beseitigen, in der Gesundheitspolitik eine Gesundheitsprämie einführen will und mit einem Flat-Tax-Steuerkonzept die Leute verunsichert. Angebliche Ehrlichkeit hilft nichts, wenn die Vorschläge inhaltlich falsch sind. Das Wahlvolk hat der marktliberalen Politik der CDU genauso eine Absage erteilt wie der geistesverwandten Agenda 2010, durch die die SPD in die schlimmste Krise seit sechzig Jahren gestürzt worden ist. Es ist ein Treppenwitz der Parteigeschichte, dass diejenigen, die immer wieder die „Sozialdemokratisierung der CDU“ denunziatorisch angeprangert und mit diesem Argument die CDU-Führung in eine neoliberale Position gedrängt haben, es in erster Linie zu verantworten haben, dass die SPD wieder Regierungspartei innerhalb der Großen Koalition geworden ist.

### **Fehlende Ordnungsperspektive als strategische Schwäche der CDU**

Die Perspektivlosigkeit war das schlimmste Defizit der CDU. Sie präsentierte eine Politik auf Sicht ohne langfristiges Konzept, der Mensch wurde politisch zum Kostenfaktor degradiert. Der Partei fehlte eine neue soziale und ökonomische Philosophie und sie geriet immer mehr in das neoliberale Schlepptau. Bei Millionen von der Arbeitslosigkeit

betroffenen oder bedrohten Menschen mit ihrem familiären und nachbarschaftlichen Umfeld vergrößerte sich das Misstrauen gegenüber der politischen Elite, die sich offensichtlich als unfähig erwiesen hatte, die unausweichliche Globalisierung der Ökonomie human zu gestalten und unter Berufung auf angebliche Gesetze des Marktes einer anarchischen Wirtschaftsordnung das Wort redete. Ein Wirtschaftssystem, in dem der Börsenwert eines Unternehmens umso höher steigt, je mehr Leute wegrationalisiert werden, ist krank und kann nicht die Wirtschaftsordnung der CDU sein.

Die CDU ist die Mutter der Sozialen Marktwirtschaft und müsste daher die Perspektive für eine Internationale Sozial-Ökologische Marktwirtschaft entwickeln. Die zentrale Frage ist, ob die CDU die geistige Kraft hat, das Ruder herumzureißen und die Initiative für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik zu ergreifen mit dem Ziel, wieder Ordnung in die globale und nationale Ökonomie zu bringen. Im neuen Grundsatztprogramm ist wenigstens das Ziel benannt: die Humanisierung des Globalisierungsprozesses. Die CDU darf sich dem Wahlvolk nicht wieder als eine aufgeblasene FDP präsentieren. Sie muss sich wieder als eine Volkspartei darstellen und die Fragen beantworten, die die Menschen heute zu Recht an die Politik stellen. Das bedeutet eine Renaissance der politischen Ethik zu verlangen, die Moral und Politik, Geist und Macht wieder zusammenbringen. Sie muss die Fragen beantworten, was aus Moral und Ethik für die Wirtschaftspolitik folgt. Welche Verpflichtungen sind mit dem Eigentum verbunden? Wie kann allen jungen Menschen dieselbe Bildungs- und Berufschance ermöglicht werden? Was ist moderne Nächstenliebe? Die CDU als die große Volkspartei muss vor allem wieder dem Anspruch gerecht werden, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik geistig zu führen.

Nun wird immer wieder die Frage gestellt, wozu soll eigentlich Ethik in der Wirtschaft dienen? Gibt es überhaupt moralische Grundlagen für die Ökonomie?

## Soziale Marktwirtschaft statt Marktideologie

Viele behaupten heute in der wirtschaftspolitischen Diskussion, der Markt regle alles und man dürfe ihn dabei nur nicht stören. Nun ist aber die Wirtschaftswissenschaft keine exakte Wissenschaft wie die Mathematik oder die Physik, sondern sie gehört zu den Geisteswissenschaften und ist infolgedessen Gegenstand unterschiedlichster Betrachtungsweisen und Argumentationen. Etwas hat sich im Laufe der Wirtschaftsgeschichte herausgestellt, nämlich dass es zum Markt und zum Wettbewerb grundsätzlich keine vernünftige Alternative gibt. Dies hat zuletzt die sozialistische Staatswirtschaft unter Beweis gestellt. Aber welche Konzeption ist innerhalb der Marktwirtschaft die richtige? Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow waren vor 60 Jahren die Vordenker der deutschen sozialen Marktwirtschaft, der wohl für die Bevölkerung erfolgreichsten Wirtschafts- und Sozialphilosophie der Geschichte. Milton Friedman und Friedrich von Hayek, von dem Rüstow meinte, er „gehöre in Spiritus gesetzt ins Museum“ des Frühkapitalismus, ersetzten die Soziale Marktwirtschaft durch die neokapitalistische Trias Privatisierung, Deregulierung, Deformierung des Sozialstaats und desavouierten gleichzeitig die antizyklische Wirtschaftspolitik des John Maynard Keynes. Die neokapitalistisch-neoliberale Wirtschaftstheorie bestimmte seit Anfang der 80er Jahre bis auf den heutigen Tag, wenn auch mit ständig sinkender Kompetenz, die Wirtschaftspolitik in Deutschland mit verheerenden Folgen z. B. für die Wirtschaftspolitik in den neuen Ländern ab 1990. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Verwerfungen in Deutschland, aber auch in der Weltwirtschaft sind die Folgen einer Erkenntnis von John Maynard Keynes, von der sogar Hayek meinte, er habe „niemals etwas Wahreres gesagt als dies: die Ideen der Nationalökonomien und Philosophen wirken stärker als allgemein angenommen wird, und zwar sowohl wenn sie Recht haben, als auch wenn sie irren. Tatsächlich wird die Welt kaum von etwas anderem regiert“. Nun ist klar, dass sich auch irrige Ideen vor allem dann durchsetzen, wenn sie von mächtigen Interessen gestützt, d. h. vor allem finanziert werden. Nichts hat der globalen Finanzindustrie und den chaotischen Zuständen in der Weltwirtschaft mehr Auftrieb gegeben als die Thesen von Milton Friedman.

Infolgedessen muss sich die CDU um die richtige Philosophie bemühen. Nach Aristoteles ist Politik das Streben, das geordnete Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen. Es geht also um die Frage: Was ist die richtige Ordnung? Etwas lässt sich empirisch feststellen: Die Welt ist in weiten Teilen in Unordnung. Die globale Wirtschaft erscheint als eine Welt der Anarchie, ohne Gesetz, ohne Regeln, ohne soziale Übereinkünfte, in der die Privatwirtschaft eine entscheidende Rolle spielt, von der aber auch Spekulanten, die Mafia, die Drogendealer und die Terroristen ebenso profitieren wie kapitalistische, antidemokratische Systeme wie China. Ziel der Sozialen Marktwirtschaft, umgesetzt von Ludwig Erhard, war nicht Ausgrenzung, sondern „Wohlstand für alle“ (Titel des wichtigsten Buches von Ludwig Erhard). Die Soziale Marktwirtschaft hatte eine ethische Grundlage und kannte vor allem den geordneten Wettbewerb. Ludwig Erhard schuf die Kartellgesetzgebung, das Bundeskartellamt und die Fusionskontrolle aus der Erkenntnis heraus, dass es ohne geordneten Wettbewerb auf die Dauer immer mehr Monopole und Oligopole gibt und kleine und mittlere Betriebe immer weniger Chancen haben. Nun ist dies heute genau der Trend. Wir leben in einer Zeit der ökonomischen Megalomanie. Merging ist das Schlagwort, d. h. immer mehr Fusionen, Übernahmen und Outsourcing kennzeichnen das wirtschaftliche Geschehen. Leidtragende dieser Entwicklung sind oft die Aktionäre, fast immer die Arbeitnehmer. Dass die neoliberale Marktideologie gescheitert ist, hat zuletzt das internationale Finanzdesaster bewiesen.

### **Ohne Ordnung keine Stabilität**

Bundespräsident Horst Köhler hat die internationalen Finanzmärkte als „Monster“ bezeichnet, die kontrolliert werden müssten. Erstaunlich ist, dass diese zutreffende Beschreibung nicht schon viel früher erfolgt ist. Musste man auf den weltweiten Hypothekenkreditskandal, bei dem nach Schätzungen des internationalen Währungsfonds in den letzten Monaten eine Billion Dollar vernichtet worden sind, warten, um auf höchster Ebene die längst fällige Diskussion über die Anarchie der globalen Kapitalmärkte in Gang zu setzen?

Das internationale Finanzgeschäft hat das Wachstum der Wirtschaft inzwischen weit überholt. 1980 lag der Wert aller Finanzanlagen der Welt, also Aktien, Anleihen und Schuldtitel aller Art sowie Einlagen auf Bankkonten bei rund 12 Billionen Dollar und entsprach damit in etwa dem Wert der realen ökonomischen Wertschöpfung. Bis heute hat sich dieser Wert um das Zehnfache, nämlich auf 140 Billionen Dollar, gesteigert und ist dreimal so groß wie das Weltbruttoinlandsprodukt von heute mit ungefähr 50 Billionen Dollar, d. h. der weltweiten jährlichen Wirtschaftsleistung. Diese Entwicklung war vor allem begründet in dem immer schneller betriebenen „global gambling“, dem internationalen Spiel der Spekulanten mit Devisen, Derivaten und anderen Finanzprodukten. Mit der Größe der Finanzindustrie wuchs zudem der politische Einfluss. Diejenigen Professoren und Journalisten, die diese Entwicklung seit Jahren publizistisch propagiert haben, entpuppen sich vor diesem Hintergrund als zwar arglose, aber nützliche Werkzeuge dieser völlig unkontrollierten Mächte. Noch bis in die 80er Jahre hinein waren Banken und Versicherungen Dienstleister für die Wirtschaft und den Staat, die mit den Krediten der Finanzbranche ihre Investitionen finanzierten. Das hat sich völlig umgekehrt. Die Banken dienen nicht mehr den Unternehmen, sondern die Realwirtschaft steht im Dienste der Finanzindustrie, die einen immer größeren Teil der Gewinne auf sich zieht. „Der Diener hat sich in den Meister verwandelt, der Schwanz wedelt mit dem Hund“, sagt der frühere Weltbankökonom und heutige Professor an der London School auf Economics Robert Wade. Ungefähr 50.000 Bankmanager, Broker und Händler bestimmen, wo es lang geht.

Unsere politische Stabilität beruht aber auf der Trias Demokratie, Marktwirtschaft, Sozialstaat. Wenn eine dieser Säulen wegbricht, sind auch die anderen gefährdet. Politik und Ökonomie haben sich auseinander entwickelt. Die Ökonomie und die Unternehmen sind global aufgestellt (ungefähr 50.000 Unternehmen), während die Politik nach wie vor national organisiert ist. Es ist klar, wer hier am längeren Hebel sitzt. Deswegen die Globalisierung zu bekämpfen, ist Unsinn. Umgekehrt ist es richtig: die Politik muss sich internationalisieren. Die globalisierte Ökonomie sprengt den Ordnungsrahmen, den sie im Rahmen des Nationalstaates gehabt hat und Kriterien werden verabsolutiert, die vorher eingebunden

waren in die staatliche Ordnung: die Dividende am Ende des Jahres, der Börsenwert, der Aktienkurs. Sie gelten heute als absoluter Maßstab für die Bewertung eines Unternehmens. Shareholder Value nennt man diese Philosophie, die global an die Stelle der Sozialen Marktwirtschaft getreten ist.

Diese Entwicklung hat nicht nur auf den Finanzmärkten zu unhaltbaren Exzessen geführt. Es gibt auf der Welt laut Weltbank 300 Individuen mit einem Vermögen von einer Milliarde Dollar oder mehr. Das ist genauso viel wie die Hälfte der Menschen, nämlich drei Milliarden, an jährlichem Einkommen haben. Zwei Milliarden haben weniger zum Leben als den Gegenwert von zwei Dollar am Tag. Drei Milliarden können kein sauberes Trinkwasser genießen und werden von Pandemien heimgesucht. Sie haben weniger zum Leben als die Amerikaner und die Europäer für Hundefutter ausgeben. Ob Osama bin Laden lebt, weiß man nicht. Aber er lebt erwiesenermaßen in den Köpfen und in den Herzen von hundert Millionen Menschen, von Indonesien, Bangladesch, Pakistan und Afghanistan, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Palästina, Somalia, Sudan, Ägypten bis Algerien, wo 90 Prozent der jungen Leute null Perspektive haben für ein menschenwürdiges Arbeitsleben und daher leicht das Opfer der islamistischen Heilsversprechen werden. Die ökonomische Unordnung ist auch ein Grund für das Anwachsen des Terrorismus. Nur Narren und Lügner können behaupten, man könne auf die Dauer Millionen, ja Hunderte von Millionen Menschen ausgrenzen, ohne dafür nicht irgendwann einen politischen Preis bezahlen zu müssen. Es gibt in der Politik keine überflüssigen Menschen. Sie haben alle eine Stimme und wenn sie keine Stimme haben, weil sie in Diktaturen oder Theokratien leben, dann werden sie oder ihre geistigen und geistlichen Führer Waffen besorgen, und wenn es fliegende Kerosinbomben sind, die dann in die New Yorker Twin-Towers, den Symbolen der westlichen Ökonomie, einschlagen oder von Handys gezündete Handgranaten, die in den Vorortzügen europäischer Großstädte explodieren. Die militärische Bekämpfung des Terrorismus, auch durch die Bundeswehr, ist nicht zu kritisieren. Aber es wird nichts nützen und diese militärischen Einsätze werden genauso wie der Irakkrieg eher das Gegenteil von dem bewirken, was sie eigentlich bezwecken, nämlich ein Anwachsen des Fundamentalismus und eine

noch größere Unordnung, wenn die westliche Welt nicht endlich ihre Wirtschaftspolitik und ihre Wirtschaftsordnung ändert.

### **Eine neue Ordnungspolitik für die Welt**

Die westlichen Länder einschließlich Kanada unter Einbeziehung von Japan müssen sich zu einer neuen Wirtschaftsordnung, zu einer Internationalen Sozial-Ökologischen Marktwirtschaft zusammenschließen und die Chinesen und die Inder dazu einladen. Bestandteile einer solchen Wirtschaftsordnung müssen sein eine stärkere Kontrolle der internationalen Finanzsysteme, bei einem börsentäglichen Umsatz von zwei Billionen Dollar eine internationale Börsen- und Bankenaufsicht, die Einführung einer internationalen Spekulationssteuer, die Schließung der Off-Shore-Center, verbindliche Umwelt- und Klimaschutzabkommen und eine Reform der globalen Institutionen wie Weltbank, IWF und WTO, die der Nobelpreisträger Josef Stiglitz dafür verantwortlich macht, dass die Globalisierung bisher schief gelaufen ist. In der Tat, eine zweite Ost-Asien- oder Finanz-Krise kann sich die westliche Wirtschaft nicht mehr leisten. Wir brauchen wieder eine Renaissance der ethischen Werte. Die Kapitalinteressen dürfen nicht dominieren. Der Mensch darf nicht zum Kostenfaktor reduziert werden. Nicht die Freiheit ist in erster Linie gefährdet, wie die Marktfetischisten behaupten, sondern die Solidarität, die Solidarität zwischen Alten und Jungen, Einheimischen und Ausländern, den Reichen und den Armen, zwischen dem Westen und dem Osten, zwischen Mensch und Natur, den Industrieländern und dem Rest der Welt. Deswegen muss diese Internationale Soziale Marktwirtschaft ethische Mindeststandards beinhalten, die alle Länder, die in diesem gemeinsamen Weltmarkt arbeiten und Geld verdienen wollen, beachten müssen. Ohne Achtung der Menschenwürde und ohne solidarische Standards, die Lohnsklaverei, Ausbeutung, Kinderarbeit und Zerstörung der Natur verbieten und verhindern, ist auf die Dauer eine humane Weltwirtschaftsordnung und Weltfriedensordnung nicht möglich. Die Alternative ist Blutvergießen, Wirtschaftskrieg, Überhandnahme des Fundamentalismus und weltpolitisches Chaos, die dann vor den Toren Europas auch nicht halt machen werden.

*Dr. Heiner Geißler war Bundes- und Landesminister und von 1977 bis 1989 Generalsekretär der CDU. Er ist als Autor und Redner tätig und seit 2007 Mitglied des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac.*

## Politik für die Mitte

„Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist abseits von Interessen- und Gruppenwünschen aller Art die gesunde Wirtschaft, die die Existenz des gesamten Volkes sichert und jeden nach Maßgabe seiner Leistung am Sozialprodukt der Nation teilhaben lässt“, schrieb Ludwig Erhard. Mit diesem „politischen Credo“ hat er seine Grundüberlegungen in einem Satz zusammengefasst. Die gesunde Wirtschaft ist die unbedingte Voraussetzung für Wohlstand, aber sozial ist dieses Ordnungssystem nur dann, wenn niemand an den Rand gedrängt und wirklich für alle der Zugang zu Wohlstand möglich wird.

Würde der „Vater des Wirtschaftswunders“ die Kerngedanken seiner wirtschaftspolitischen und wirtschaftsethischen Überlegungen heute noch einmal neu formulieren, dann würde er die „gesunde Wirtschaft“ vermutlich durch den „gesunden Mittelstand“ präzisieren. Und er hätte den Begriff des Mittelstandes – wenn man seine Schriften richtig interpretiert – sehr breit ausgedeutet. Mittelstand und Mittelschicht waren für ihn nicht primär „soziologische Gruppenbezeichnungen“, sondern eine Haltung, eine Lebenseinstellung. Für ihn umfasst der Begriff Mittelstand alle Menschen, „die aus eigener Verantwortung und jeder für sich selbst Kraft eigener Leistung seine Existenz sicherzustellen bereit sind.“ Politik für die Mitte heißt daher, Leistung zu ermöglichen und zu fördern, dafür zu sorgen, dass alle ihren Beitrag leisten können und die Chance zum gesellschaftlichen Aufstieg haben.

Immer wieder warnten Erhard und seine Mitstreiter davor, Wohlstandsverheißungen durch Sozialpolitik garantieren zu wollen. Der Staat allein kann nicht alle Nöte beheben. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, die verlässliche Zustimmung zur freiheitlich-demokratischen Ordnung können langfristig nur auf dem Vertrauen beruhen, das eigene Los und das der eigenen Familie durch eigene Initiative, durch Wettbewerbserfolg, harte Arbeit und Bildungsanstrengungen verbessern zu können. Es

geht darum, dass die Möglichkeiten, in einer solchen Gesellschaft und ihrer Wirtschaftsordnung zu bestehen und erfolgreich sein zu können, transparent und fair sind und von den Menschen auch so empfunden werden.

So verbindet sich der Begriff der Mitte mit den Grundlagen christlich demokratischer Programmatik, die sehr wohl darauf abzielt, die Schwachen zu schützen, die aber zugleich weit davon entfernt ist, den Menschen generell als Opfer der Verhältnisse zu sehen. Der Mensch ist nach unserem Verständnis zur Freiheit befähigt und verpflichtet. Ihm sind Gestaltungs- und Leistungskraft geschenkt, soziale Kompetenzen sind ihm eigen. Statt in angstvoller Negation künftiger Entwicklungen zu leben, braucht er Selbstvertrauen und Neugier auf die Zukunft.

### **Die normative Bedeutung der „Mitte“**

„Die Mitte“ ist mehr als nur ein Slogan, sie ist für uns ein Zielbild, eine Orientierung für gesellschaftlichen Aufstieg und Teilhabe, für Zukunftsvertrauen, aber auch für Mitverantwortung und Moral. Schon Aristoteles meinte, es sei eine Tugend, in seinem Handeln „die rechte Mitte zu treffen.“ Wir vertreten ein bürgerliches Gesellschaftsmodell und sollten wieder mehr Mut fassen, Bürgerlichkeit, bürgerliche Werte als Orientierungsmarken ins gesellschaftspolitische Feld zu führen. Sie als spießig oder gar reaktionär zu diffamieren, das war gestern. Wir sollten es uns nicht gefallen lassen.

Exponenten dieses bürgerlichen Gesellschaftsmodells sind freie Unternehmer, die nicht daran gehindert werden dürfen, dass sie etwas unternehmen wollen. Seine Exponenten sind aber auch die leistungs- und bildungswilligen Beschäftigten aller Berufsgruppen. Gemeinsam ist ihnen, nach 1949 einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet zu haben, dass aus dem Trümmerhaufen Deutschland ein freiheitliches, prosperierendes und sozial gerechtes Gemeinwesen geworden ist – leider für die ersten 40 Jahre nur im Westteil Deutschlands.

Mittelschicht und Mittelstand waren es, die in der Nachkriegszeit, in der die Menschen dennoch erwartungsvoll in die Zukunft blickten, politisch und kulturell den Ton angaben. Sie verliehen der Gesellschaft der „jungen Republik“ mit ihren bürgerlichen Werten des Leistungsstrebens, mit ihren Tugenden des Fleißes und des Pflicht- und Verantwortungsbewusstseins Identität und einen – gerade angesichts von 12 Millionen Vertriebenen – ungeheuer hohen Integrationsgrad und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein erhebliches Wachstum und die Mechanismen des Sozialstaates haben über die Jahrzehnte in einer Gesellschaft, die sich lange mit einem aufgeklärten Patriotismus schwer tat, zugleich als „Bindemittel“ und Identifikationshilfe gegenüber dem eigenen Land gedient. Soziologen bezeichneten die Bundesrepublik der Nachkriegszeit überpointiert als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky). Richtig ist allerdings, dass in den 50er und 60er Jahren die Mittelschicht wuchs und zum Beispiel viele tüchtige und aufstrebende Facharbeiter den gesellschaftlichen Aufstieg schafften. Bald darauf, vor allem in der Folge der 68er-Bewegung, setzten Prozesse des Wertewandels ein, die den kulturellen Vorbildcharakter der bürgerlichen Mittelschicht zumindest für längere Zeit zurückdrängten.

Im anderen Teil Deutschlands war gesellschaftliche Nivellierung dagegen offizielle Staatsdoktrin. Die SED-Führung träumte den 2.000 Jahre alten Traum einer sozialistischen Gesellschaft der Gleichen, der für viele, die in der DDR lebten – oft leben mussten – zum unerträglichen Alptraum wurde. Bürgertum und Bürgertugenden, auch das Kulturbürgertum, waren im Sozialismus nicht vorgesehen, waren der Ideologie im Weg und sollten abgeschafft werden. Zum Glück ist auch das den Machthabern in der DDR nicht gelungen. Dieses Bürgertum – oft den humanistischen Inhalten der Klassik, Goethe und Schiller mehr verhaftet als im Westen – spielte eine maßgebliche Rolle bei der friedlichen Revolution von 1989.

Dass die gesellschaftliche Mitte bis zum heutigen Tag Erhebliches zur Stabilität unserer freiheitlichen Ordnung und zur Prosperität unserer Gesellschaft beiträgt, steht außer Frage. Aber es gibt die neuerdings häufiger vorgetragene Befürchtung, dass sie an Breite und Durchsetzungs-

kraft verliere, dass ihr Optimismus nachlasse, dass sie an Attraktivität für andere eingebüßt habe. Wissenschaftliche Studien kommen zu unterschiedlichen Befunden. Die einen sprechen von einem „subjektiven Tatbestand“, dass sich die Mittelschicht zunehmend Sorgen um die Zukunft mache. In Wirklichkeit gebe es aber keinen Abstieg auf breiter Basis. Andere sagen: Die Mittelschicht schrumpfe, und sie sehen Anzeichen für eine dauerhafte Polarisierung der Einkommen. Gewiss ist aber, dass mit der allgemeinen Entwicklung zu mehr Teilzeitarbeit und Zeitarbeit, zu weniger langfristigen Arbeitsverhältnissen und den höheren Anforderungen an Flexibilität, Mobilität und Qualifikation – für sich und die Familie – ein höherer Druck auch auf die gesellschaftliche Mitte entstanden ist.

Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen Wandlungsprozesse, die sich in den neuen Ländern vollziehen mussten, größere Probleme aufwarfen, als die meisten es erwartet hatten. Es zeigte sich, dass sich der Neuaufbau im Westen nach 1948 nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard als weniger schwierig erwies als der Umbau der sozialistischen Planwirtschaft zu einem System der Sozialen Marktwirtschaft. Insbesondere die lang andauernde hohe Arbeitslosigkeit in den jungen Ländern, der schwierige Anpassungsprozess und damit verbundene Enttäuschungen und Existenzängste vieler trugen zu einer Verunsicherung breiterer Bevölkerungskreise bei.

Es ist vergleichsweise selten, dass sich aus der Mittelschicht der Absturz auf Sozialhilfeniveau vollzieht, doch hat die Mitte im Falle längerer Arbeitslosigkeit mehr zu verlieren. Dass die Zahl der Erwerbstätigen zu Beginn dieses Jahres höher ist als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik und die Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit 15 Jahren nicht mehr, gerät dagegen oft allzu bald in den Hintergrund. Es ließe sich schon viel zu einer verbesserten Stimmungslage beitragen, würden wir auch die positiven Entwicklungen stärker zu Kenntnis nehmen und über sie sprechen.

Freilich ist es damit nicht getan. Wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, dass die Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben gerade in der

gesellschaftlichen Mitte zugenommen haben. Eine Politik für die Mitte heißt aber, überall dort, wo staatliche Eingriffe der Leistungsbereitschaft des Einzelnen im Wege stehen, diese Barrieren zu beseitigen. Nur wem der Aufstieg in die Gruppe der Spitzenverdiener mit Einkommen über 63.000 Euro gelingt, macht die für Deutschland zur Zeit noch seltene Erfahrung, dass relativ mehr netto vom brutto bleibt und sich zusätzliche Anstrengungen auszahlen. Weiter unten auf der Einkommensskala ist die Situation bekanntlich weitaus ungünstiger – bis hin zu den Beispielen von Arbeitslosen, für die es sich nicht lohnt Arbeit aufzunehmen, weil damit ein Transferenzug an staatlichen Leistungen eintritt, der zu geringeren Einkommen führt.

### **Bildung als Schlüsselfaktor**

Die individuellen Anstrengungen für Bildung, die Grundlage des gesellschaftlichen Aufstiegs, müssen sich besser auszahlen. Dafür tragen die Unternehmen und – über die Bildungs- und Steuerpolitik – der Staat Verantwortung. Es sollte uns zu denken geben, dass Deutschland bei den Bildungsrenditen, die angeben, inwieweit sich zusätzliche Bildung in Euro und Cent bezahlt macht, international hinterher hinkt. Selbst die Bildungsrenditen von universitären Abschlüssen zeigen trotz der stark zunehmenden Nachfrage nach höher qualifizierter Arbeit keine gegenläufige Entwicklung an. Ausgerechnet die Bildungsrenditen der für die Innovationskraft der Wirtschaft besonders wichtigen Naturwissenschaftler und Ingenieure haben sich verschlechtert. Eine noch deutlichere Minderung der Bildungsrendite verzeichnen Haupt- und Real- schulabsolventen.

Mit Blick auf das Vertrauen in die Durchlässigkeit unserer Gesellschaft wirkt sich höchst negativ aus, dass „Bildung“ als Motor des sozialen Aufstiegs nicht mehr so recht glaubwürdig erscheint. Selbst wenn die PISA- und OECD-Befunde methodisch mit berechtigter Skepsis zu betrachten sind: Die Aussage, dass die Ungleichheit der Bildungschancen im internationalen Vergleich in Deutschland überdurchschnittlich groß ist, darf uns nicht ruhen lassen!

Neu ist diese Erkenntnis allerdings nicht. Bereits in den 60er Jahren zeigte sich, dass insbesondere Kinder aus bildungsfernen Milieus erhebliche Probleme hatten, höhere Bildungsabschlüsse zu erreichen. „Bildung ist Bürgerrecht“ – dieses Furore machende Diktum von Ralf Dahrendorf gilt damals wie heute. Nur sollte man nach den Erfahrungen der letzten vier Jahrzehnte hinzufügen: Mittelmaß für alle war nicht der richtige Weg. Haben wir endlich den Mut einzugestehen, dass Menschen unterschiedlich veranlagt und begabt sind! Dass nicht alle zum Professor taugen, ist kein Nachteil, sondern ein Segen! Aber es ist ein Unglück, wenn der, der zum Jura-Professor taugt, Taxifahrer werden muss, nur weil es Bildungsstand und Geldbeutel der Eltern nicht anders zulassen. Materielle Förderung muss dafür sorgen, dass Ungleichheiten ausgeglichen werden, dass gleiche Startchancen gegeben sind.

Der eine ist leistungsstark, er muss möglichst früh, möglichst nachdrücklich gefordert werden. Der andere bedarf besonderer Förderung, darf nicht ständig überfordert werden und mit dem Gefühl leben, schwächer zu sein als die Mitschüler. Er braucht Lehrerinnen und Lehrer, die Zeit haben und sein Selbstbewusstsein stärken, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Erzieher sind.

Die Länder der Bundesrepublik, deren Schulsystem differenzierte Wege kennt, schneiden weit besser bei PISA und anderen Studien ab als die Länder, in denen Gesamtschulen dominieren. Dem Trend zu konfessionellen und anderen Privatschulen, den Soziologen gegenwärtig ausmachen und der sie eine stärkere soziale Segregation fürchten lässt, kann durch das Verordnen einer „Einheitsschule“ nicht begegnet werden; die Abwanderung aus dem öffentlichen Schulsystem wird dadurch weiter verstärkt. Der Trend ist nur aufzuhalten, wenn die Eltern wieder das Vertrauen zurückgewinnen, dass die öffentliche Schule ihren Kindern die nach ihren Fähigkeiten besten Startmöglichkeiten garantiert.

Nichts wollen Eltern mehr, als ihren „Kindern Chancen schaffen“, sagt eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung: Für drei Viertel aller Befragten ist ein guter Schulabschluss ihres Kindes „sehr wichtig“ und für 22 Prozent „eher wichtig“. Gerade auch die gesellschaftliche Mitte ver-

sucht, den gestiegenen Anforderungen an Bildung und Erziehung unter großen Opfern gerecht zu werden und verspürt vor allem Zeit- und Organisationsdruck.

Der Historiker Paul Nolte hat zu Recht gesagt: „Die Mittelschicht ist nie denkbar gewesen ohne Familie.“ Eine Politik für die Mitte heißt daher zugleich Politik für die Familie. Und das heißt unter anderem: Den Eltern mehr Zeit für ihre Kinder und für gute Erziehung, Zeit für ein entspannteres Familienleben zu ermöglichen; es heißt beispielsweise mehr zeitliche Flexibilität der Kinderbetreuung, aber auch weitere kreative Ansätze bei der Familienfreundlichkeit der Wirtschaft.

Doch bei aller weiterhin notwendigen Diskussion über mehr und bedarfsgerechte Kinderbetreuung, über eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über ein familienfreundliches Klima: Entscheidend ist die Qualität der Kindergärten und der Tagespflege sowie der frühkindlichen Bildung und der Schulen, auch der Universitäten.

Das Bürgerrecht auf Bildung zielt zweifellos darauf, die Fähigkeit zur Erwirtschaftung der eigenen Lebensgrundlagen zu gewinnen. Doch greift eine solche Auffassung von Bildung gewiss zu kurz. Früher sprach man altmodisch auch von „Gewissens- und Herzensbildung“. Negative Beispiele der jüngsten Vergangenheit, wie Steuervergehen in großem Umfang oder Schmiergeldzahlungen großer Unternehmen haben gezeigt: Sie ist nicht obsolet geworden. Gerade eine freiheitliche und bürgerliche Kultur ist auf moralische Maßstäbe und ethisches Urteilsvermögen angewiesen.

### **Orientierung durch Glaubwürdigkeit**

Der Schwund an Zukunftsgewissheit, der bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu reichen scheint, ist nicht allein eine Begleiterscheinung der rapiden Veränderungsprozesse unserer Zeit. Es fehlt auch an Vertrauen in diejenigen, die die Menschen in eine notwendigerweise ungewisse Zukunft führen sollen. Glaubwürdigkeit tut Not – in der Politik wie in der

Wirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist auch auf den Beitrag von Unternehmern, von Bankern und Managern angewiesen. Noch wichtiger als beispielsweise das Inkrafttreten der von der großen Koalition erfreulicherweise beschlossenen Unternehmenssteuerreform im nächsten Jahr oder als weiterhin höchst notwendige Anstrengungen zur Entbürokratisierung ist, dass wir insbesondere darauf achten müssen, dass der gute Ruf unserer mittelständischen Wirtschaft nicht leidet.

Wilhelm Röpke, einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, schrieb 1944, dass „die Existenz einer breiten Mittelschicht eine der obersten Voraussetzungen für das Funktionieren einer gesunden Demokratie ist, und ist der Grund, warum eine wirkliche Demokratie in Ländern nicht recht gedeihen will, wo es an einer verantwortungsvollen Mittelklasse fehlt, die mit ihrem geistig-moralischen und materiellen Eigengewicht den Staat ausbalanciert.“ Wir haben auch 60 Jahre später allen Grund, Politik für die Mitte zu betreiben.

*Prof. Dr. Bernhard Vogel ist Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und war Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen.*

## Konsolidieren durch Sparen. Für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik in Bund und Ländern

Nachhaltigkeit als Maxime der Haushalts- und Finanzpolitik ist eine Forderung, die wesentlich von der Jungen Union in die politische Debatte getragen wurde. Dabei leitet uns die Sorge um die Generationengerechtigkeit in Deutschland. Wir haben früher als andere die Generationengerechtigkeit als Maßstab auch und gerade in der Haushalts- und Finanzpolitik angemahnt, und auch Konzepte dafür vorgelegt. Die JU Bayern hat maßgeblich dazu beigetragen, dass das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung Regierungspolitik in Bayern wurde. Wir setzen uns dafür ein, dass diesem Ziel weiterhin mit Nachdruck auch in der Bundespolitik Geltung verschafft wird.

### **Warum war und ist das so wichtig?**

Lange Jahre erreichten die Defizite der öffentlichen Haushalte immer neue Höchststände. Im Jahr 2004 überstiegen die gesamtstaatlichen Ausgaben die Einnahmen um fast 85 Milliarden Euro. Die Haushaltsdefizite fielen damit um 3,3 Milliarden Euro höher aus als im Jahr 2003. Die Defizitquote in Höhe von 3,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) überschritt damals das Maastricht-Kriterium zum wiederholten Male deutlich. Die Finanzierungsdefizite wurden in den vergangenen Jahren überwiegend mit neuen Schulden gedeckt. Der Schuldenstand aller staatlichen Ebenen in der Bundesrepublik Deutschland ist mittlerweile auf nahezu 1,5 Billionen Euro angestiegen. Er hat sich damit im Zeitraum seit 1980 nahezu versechsfacht. Rechnerisch entfällt damit auf jeden Bürger in Deutschland – gleich welchen Alters, d.h. vom Säugling bis zum Greis – eine Staatsverschuldung in Höhe von rund 17.000 Euro.

Deutschland befindet sich immer noch in einer Schuldenfalle, auch wenn die unionsgeführte Große Koalition begonnen hat, die Weichen anders zu stellen: Die hohe Staatsverschuldung verursacht eine immer weiter zunehmende Zinslast des Bundes. Die hemmungslose Schuldenpolitik führt damit zu einer Blockade eines großen Teils der Staatseinnahmen, allein damit der Schuldendienst erbracht werden kann.

Die offen ausgewiesene Staatsverschuldung ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Hinzu treten die heute schon absehbaren finanziellen Belastungen der Zukunft: Die Pensionszusagen der Beamten, für die keine adäquaten Rücklagen gebildet werden und die nach dem Umlageverfahren organisierten Sozialversicherungssysteme. Der demografische Wandel wird das Problem der hohen negativen Finanzierungssalden und der immensen Staatsverschuldung noch weiter verschärfen. Immer weniger Menschen in Deutschland werden die Lasten zu tragen haben, die ihnen eine verantwortungslose Haushalts- und Finanzpolitik in den vergangenen Jahrzehnten zugemutet hat. Denn diese Schulden sind die Steuern von morgen. Damit wird der politische Handlungsspielraum schon heute empfindlich beschnitten. Kommenden Generationen wird die Möglichkeit entzogen, ihre Zukunft frei zu gestalten. Die heutige Politik geht damit zu Lasten der jungen und der nachfolgenden Generationen.

### **Wege zu einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik**

Der in Bayern eingeleitete und von anderen inzwischen aufgegriffene Kurswechsel in der bisherigen Haushalts- und Finanzpolitik ist der richtige Weg. Allerdings reicht eine restriktive Fiskalpolitik mit Kürzung von Ausgaben und Subventionen allein bei weitem nicht aus. Vielmehr ist ein Gesamtkonzept notwendig, bestehend aus dem Dreiklang Sparen, Wirtschaftswachstum und Reformen. Vor allem benötigen wir ein restriktives Neuverschuldungsverbot in Bund und Ländern: Die öffentlichen Hände dürfen nur so viel ausgeben, wie sie über die Steuern einnehmen.

## **Konsolidieren heißt Sparen!**

Erforderlich sind Einsparungen in den öffentlichen Haushalten und mehr Ausgabendisziplin. Dies setzt eine kritische Auseinandersetzung mit den Aufgaben des Staates voraus und eine Reduzierung und Konzentration auf Kernaufgaben. Eine solche Politik muss zum Ziel haben, die konsumtiven Ausgaben zu begrenzen und gegebenenfalls Standards zu verringern. Spielräume für Leistungsausweitungen bzw. Leistungsverbesserungen bestehen dabei nicht.

Diese notwendige Debatte muss in die Gesellschaft getragen werden, um die Menschen dafür zu sensibilisieren, dass der Staat nicht alles leisten kann. Insbesondere geht es darum, den Menschen wieder zu vermitteln, dass Staatsgeld nichts abstrakt vorhandenes, sondern letztlich das Geld der Bürger ist. Dies ist umso wichtiger, weil Linke, Sozialdemokraten und Grüne wieder dazu übergehen, den Menschen nach Belieben Wohltaten zu versprechen, ohne zu sagen, wie diese bezahlt werden sollen. Die voranschreitende Staatsverschuldung ist aber allein durch eine Senkung der Ausgaben nicht einzudämmen. Die Zinsausgaben sind dauerhaft zu begrenzen. Privatisierungserlöse sind daher nur zur Schuldentilgung einzusetzen und für die damit verbundene Senkung der Zinslast zu verwenden, nicht zur Finanzierung von Ausgaben.

## **Wirtschaftliches Wachstum**

Wirtschaftliche Dynamik ist die Grundlage für einen ausgeglichenen Haushalt. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist entscheidend, inwieweit es Deutschland gelingt, ein anhaltendes Wirtschaftswachstum zu generieren und die Bedingungen am Arbeitsmarkt zu verbessern. Ein Prozent Wachstum des BIP verringert das Defizit um ca. 0,4 Prozent. Zudem würde eine Zunahme der Beschäftigung um ein Prozent bzw. rund 340.000 Beschäftigte eine Erhöhung der Einnahmen in der Sozialversicherung und der Lohnsteuer um etwa fünf Milliarden Euro zur Folge haben. Dass diese Rechnung aufgeht, zeigen die Erfolge der vergangenen drei Jahre!

Eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung erfordert daher weiterhin eine konsequente Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, die beiden Wachstumskräfte Konsum und Investitionen zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verbessern. Anders lassen sich weder Arbeitsplätze schaffen noch die Haushaltsprobleme lösen. Die lauter werdenden Forderungen von Linken und Sozialdemokraten, die Reformen der vergangenen Jahre zurückzudrehen und erneut staatliche „Wohltaten“ zu verteilen, sind ein völlig falsches Signal. Innovationen, die Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen sowie erfolgreiches Vermarkten von Technologien sind dabei die Grundlage für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

### **Umfassende Strukturreformen, insbesondere im Steuerrecht**

Erforderlich sind umfassende Veränderungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, mit dem Ziel, die Zuschüsse aus Steuermitteln auf den Bereich gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu reduzieren und so die Staatsausgaben zu begrenzen. Gleichermaßen sind weitere Strukturreformen notwendig, um die Lohnnebenkosten weiter zu senken und dadurch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Darüber hinaus sind zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig: Eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes um Einstellungshemmnisse abzubauen, weitgehende Deregulierung und Entbürokratisierung und eine Vereinfachung des gesamten Steuersystems. Grundsätze für eine solche Reform der Steuerstruktur müssen sein: Gesellschaftliche Akzeptanz, nachvollziehbare Gerechtigkeit, größtmögliche Effektivität, Transparenz und Klarheit sowie Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich.

Im Steuerrecht bedeutet das zum Beispiel:

#### *Zusammenlegung von Einkunftsarten*

Wir befürworten seit langem eine Zusammenlegung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit und aus Vermietung und Verpachtung. Sie sollten zusammengefasst werden zu den Einkünften aus unternehmerischer Tätigkeit. Die Ein-

künfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit, aus Kapitalvermögen und die sonstigen Einkünfte blieben als selbständige Einkunftsarten erhalten. Die sonstigen Einkünfte umfassen auch die Einkünfte aus Altersversorgungen (nachgelagerte Besteuerung). Wichtig ist auch, dass jedes erhaltene Einkommen zur Steuer herangezogen werden muss.

#### *Änderungen beim Steuertarif*

Wir setzen uns für einen einheitlichen Grundfreibetrag in Höhe von 8.000 Euro ein. Der Eingangssteuersatz wird auf neun Prozent gesenkt. Der linear-progressive Tarif wird durch drei weitere Steuerstufen von 19 Prozent, 29 Prozent und 39 Prozent ersetzt. Die Einkommensstufen werden entsprechend der Finanzierbarkeit angepasst. Dadurch wird unser Ziel, alle Steuerpflichtigen spürbar zu entlasten umgesetzt und es werden zugleich die richtigen Impulse für das Unternehmertum in Deutschland gesetzt.

#### *Abbau von Sondernormen und Steuervergünstigungen*

Der Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen ist unerlässlich und geht mit einer deutlichen Steuertarifentlastung einher. Er führt gleichzeitig zu einer Vereinfachung des Systems. Alle Steuerbefreiungen, Freibeträge, Freigrenzen, Abzugsbeträge und Ermäßigungen sollten – soweit steuerpolitisch sinnvoll und in der Steuererhebung durchsetzbar – auf den Prüfstand gestellt werden. Bestimmte Sondernormen, wie die Pendlerpauschale, müssen jedoch aus Gründen der sozialen Balance erhalten bleiben. Seit Jahren kämpft die Junge Union für eine Entlastung bei der Steuer- und Abgabenlast für Familien mit Kindern, für kleine und mittlere Einkommen und damit auch für die Leistungsträger unserer Gesellschaft. In den letzten Jahrzehnten wurden die Steuerlasten für die Bürger immer größer. Ein schleichender Prozess der Steuererhöhung bestraft die Leistungsträger. Wir begrüßen daher die in die Diskussion gebrachte Erhöhung des Kindergeldes und die Einführung des Familiengrundfreibetrags von 8.000 Euro für jedes Familienmitglied.

Ein – immer wieder konstruierter – Widerspruch zwischen einem solchen Steuerkonzept und dem Ziel, an einem ausgeglichenen Haushalt festzuhalten, besteht nicht. Der Staat hat in den drei Jahren seit 2005 100

Milliarden Euro mehr an Steuern eingenommen als geplant. Es ist nur fair und allerhöchste Zeit, den Menschen das Geld zurückzugeben, die es erwirtschaftet haben.

## **Normative Schuldenbegrenzung**

Konsolidierungsmaßnahmen brauchen Kontrolle. Daher ist eine strikte Schuldengrenze im Grundgesetz genau der richtige Weg, um die Politik endlich zu mehr Ausgabendisziplin zu zwingen.

Die Regelungen des Artikels 115 Absatz 1 des Grundgesetzes haben den stetigen Schuldenzuwachs nicht bremsen können. Er ist dahingehend zu verändern, dass die Neuverschuldung und die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte bestimmte Prozentsätze des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten dürfen. In wirtschaftlichen Normalzeiten muss die Haushaltsfinanzierung durch Kreditaufnahme untersagt sein. Lediglich in wirtschaftlichen Krisenzeiten sollte die Möglichkeit zur Kreditaufnahme bestehen, mit der Verpflichtung diese Schulden in der Aufschwungphase wieder zurückzuführen. Die Kriterien für das Vorliegen einer wirtschaftlichen Krisensituation müssen dazu klar definiert, und ohne die Möglichkeit allzu weitgehender Interpretationsspielräume, ebenfalls gesetzlich festgelegt werden.

Die aktuellen Diskussionen in der Föderalismuskommission sind daher zu begrüßen. Die dabei vorgeschlagene Bildung eines Altschuldenpools der Länder ist allerdings abzulehnen: Es wäre falsch, diejenigen, die keinerlei Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung unternommen haben, durch eine solche Lösung faktisch zu belohnen.

## **Stärkere Kontrolle der Finanzmärkte**

Die öffentlichen Haushalte – und damit das Steuergeld der Bürger – werden in Zeiten einer weltweiten Finanzmarktkrise auch durch Spekulationsverluste bedroht. Für uns ist klar: Es darf nicht sein, dass an den Fi-

nanzmärkten erzielte Spekulationsgewinne Privatsache, die dort erlittenen Verluste aber Sache der Steuerzahler sein sollen. Zu einer nachhaltigen und generationengerechten Neuordnung der staatlichen Finanzen gehört daher auch, die Belastung der Bürger durch solche Verluste künftig zu verhindern. Eine Lehre aus der Verwicklung deutscher Banken in die amerikanische Subprime-Krise ist: Staatliche bzw. staatsnahe Akteure müssen strikter Kontrolle unterliegen. Mit öffentlichen Geldern dürfen keine Anlagen in hochspekulative Finanzmarktprodukte finanziert werden.

Die Finanzmärkte bedürfen unzweifelhaft stärkerer staatlicher Kontrolle. Klar ist aber auch: Die Finanzmärkte haben eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen Gesamtgefüge, die nicht durch überzogene Regulierung gefährdet werden darf.

Um den nachfolgenden Generationen ihren notwendigen politischen Handlungsspielraum zu erhalten, fordern wir daher:

*Generationengerechtigkeit als Staatsziel im Grundgesetz verankern*

Um den Interessen künftiger Generationen Rechnung zu tragen, ist die Aufnahme des Prinzips der Generationengerechtigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz unabdingbar. Eine solche Verfassungsnorm würde die Gewährleistung der Generationengerechtigkeit bei politischen Entscheidungen rechtsverbindlich festlegen.

*Einführung eines Verschuldungsverbots*

Wir erneuern unsere Forderung nach Verankerung eines Verschuldungsverbots im Grundgesetz und in den Länderverfassungen. Es muss sichergestellt werden, dass die öffentliche Hand keine Wohltaten mehr auf Pump – und damit auf Kosten künftiger Generationen – verteilen kann.

*Nachhaltigkeitsprüfung bei Gesetzgebungsverfahren einführen*

Neue Gesetze sollten künftig nur mit einer verbindlichen Nachhaltigkeitsprüfung eingebracht werden können. So wie Umweltverträglichkeitsprüfungen und Technikfolgenabschätzung längst zum gesetzgeberischen Standard gehören, muss auch jeder relevante Gesetzentwurf eine

überprüfbare Aussage über seine Auswirkungen auf kommende Generationen enthalten.

*Echte Sparanstrengungen durch Aufgabenkritik*

Wir brauchen eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage, welche Aufgaben der Staat im 21. Jahrhundert für seine Bürger erbringen muss, und welche nicht. Dazu sollten im Deutschen Bundestag und in den Landtagen Kommissionen eingesetzt werden, die mit einer rigiden Aufgabenkritik die Grundlagen für die gesellschaftliche Debatte über diese Frage schaffen.

*Einen verbindlichen nationalen Entschuldungsplan aufstellen*

Es ist nicht damit getan, dass sich Bund und Länder nicht mehr neu verschulden. Vielmehr muss uns auch der Einstieg in den Abbau der Schulden gelingen. Dafür brauchen wir einen verbindlichen Entschuldungsplan für die öffentlichen Haushalte, dessen Akzeptanz auf einem neuen Solidarpakt aufbauen muss.

*Ein neuer Solidarpakt*

Wir brauchen einen neuen Solidarpakt zwischen Gegenwart und Zukunft. Es geht darum, dem alten Prinzip auch gesamtgesellschaftlich wieder Geltung zu verschaffen, dass eine Generation versucht, ihrer Nachfolgegeneration mehr zu hinterlassen, als sie selbst vorgefunden hat. Nur wenn wir diesen Konsens herstellen können, wird es überhaupt möglich sein, das Verschuldungsproblem in den Griff zu bekommen.

*Dorothee Bär MdB ist Diplom-Politologin und seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie ist dort Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien sowie stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss.*

*Stefan Müller MdB ist Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern. Der Bankfachwirt ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss und im Haushaltsausschuss.*

## **Aktivieren. Konzentrieren. Flexibilisieren.**

### **– Arbeitsmarktpolitik für Wachstum und Wohlstand**

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Herbst 2008 ist gut wie lange nicht mehr. Die Zahl der Arbeitslosen liegt mit knapp 3,2 Millionen um fast ein Drittel unter dem Rekordniveau von rund 4,9 Millionen im Jahr 2005. Die Sockelarbeitslosigkeit ist erstmals seit Jahrzehnten zurückgegangen. In den letzten beiden Jahren ist die Anzahl der Erwerbstätigen um 1,2 Millionen gestiegen. Sie liegt damit bei mehr als 40 Millionen. Das ist der höchste jemals in der Bundesrepublik gemessene Beschäftigungsstand. Die Zahl der offenen Stellen liegt noch immer bei über einer Million und bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurde der zweithöchste Wert seit 1990 erreicht.

Sich auf diesen Zahlen auszuruhen, wäre jedoch fatal. Es liegen eine Vielzahl von Herausforderungen vor uns, auf die wir unseren Arbeitsmarkt vorbereiten müssen. Die Weltwirtschaft wächst immer stärker zusammen, der globale Wettbewerb nimmt zu. Auch auf die Tertiarisierung der Wertschöpfung, die Informatisierung von Beschäftigung, die Individualisierung von Arbeit und Gesellschaft sowie den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials durch den demografischen Wandel gilt es zu reagieren. Es ist daher nicht die Zeit, neue Umverteilungsdebatten zu führen oder gar die arbeitsmarktpolitischen Reformen der letzten Jahre zurückzunehmen. Vielmehr gilt: Sozial ist, was Arbeit schafft.

### **Leistung muss sich lohnen**

Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft sind die unverzichtbaren Grundlagen unserer Sozialen Marktwirtschaft. Sie sind die Basis für Wachstum, Fortschritt und Wohlstand in unserem Land. Und sie sind die Grundvoraussetzung für die Solidarität der Stärkeren mit den Hilfe-

bedürftigen in unserer Gesellschaft. Denn was verteilt wird, muss vorher auch erwirtschaftet werden.

Die Politik muss daher alles tun, um die Leistungsträger und Leistungsbereiten stärker zu motivieren und zu unterstützen. Diejenigen, die jeden Morgen aufstehen und Wohlstand erwirtschaften, mit dem anschließend der Sozialstaat finanziert wird, dürfen nicht länger durch immer zusätzliche Abgaben, kompliziertere Arbeitsmarktregelungen und sozialpolitische Fehlanreize belastet und frustriert werden. Entlastung statt Belastung muss die Devise sein. Erwerbstätige müssen finanziell besser gestellt sein als Transferbezieher. In der Realität ist der Lohnabstand bei geringer Produktivität und für Familien mit Kindern heute vielfach nur sehr gering. Häufig lohnt es sich für die Betroffenen nicht, eine Arbeit aufzunehmen. Reformen am Arbeitsmarkt und im Bereich der Sozialhilfe müssen daher darauf ausgerichtet sein, dass es sich auch in niedrigen Lohngruppen wieder lohnt zu arbeiten. Außerdem darf es keine „Anreize“ geben, in der Arbeitslosigkeit zu verbleiben. Insbesondere Verlängerungen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld sind daher abzulehnen.

### **Auf Bildung und Qualifizierung setzen**

Die Wachstumschancen und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft hängen entscheidend von der Ausbildung unserer Fach- und Führungskräfte ab. Deutschlands Stärke im internationalen Wettbewerb liegt in der Herstellung wissensintensiver Produkte und Dienstleistungen. Die Stärkung des Bildungsbereiches ist daher nicht nur eine Frage der Verbesserung individueller Lebenschancen, sondern auch gesamtwirtschaftlich von herausragender Bedeutung. Auch wenn der Stellenwert der Bildung in öffentlichen Debatten mittlerweile immer wieder deutlich hervorgehoben wird, sind die politischen Anstrengungen bei weitem noch nicht ausreichend.

Der Akademikermangel in Deutschland beeinträchtigt bereits heute die Wachstumschancen der Wirtschaft. Derzeit werden hierzulande fast 100.000 Ingenieure gesucht, und auch in anderen Bereichen fehlen Fach-

und Führungskräfte. Die demografische Entwicklung wird dieses Problem in den nächsten Jahren verstärken. Anreizmodelle für besonders benötigte Berufsbilder und Studiengänge sind daher erforderlich. Statt der Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe brauchen wir die Stärkung des Systems der dualen Ausbildung und bessere Rahmenbedingungen für ausbildende Betriebe. Auch muss das vorhandene Reservoir an talentierten Praktikern besser genutzt werden. So erwerben in den USA, in Australien, in Großbritannien und anderen Ländern rund ein Drittel der Hochschulabsolventen ihren Abschluss parallel zu einer Berufstätigkeit. Trotz wesentlich niedrigerer Akademikerquote studieren in Deutschland dagegen gerade fünf Prozent in berufsbegleitenden Studienmodellen.

### **„Fördern und Fordern“ statt staatlicher Beschäftigungsprogramme**

Eine zentrale Herausforderung bleibt die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit und die schlechte Beschäftigungsperspektive für Geringqualifizierte. Groß angelegte staatliche Beschäftigungsprogramme leisten jedoch keinen Beitrag zur Verbesserung ihrer Beschäftigungsaussichten. Langzeitarbeitslosigkeit wird so noch verfestigt. Denn Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt werden durch künstliche, hoch subventionierte Beschäftigungsverhältnisse verdrängt. Und nicht zuletzt machen Entlohnungen, die deutlich über die Produktivität und damit das realistisch zu erzielende Markteinkommen hinausgehen, es für geringer Qualifizierte völlig unattraktiv, sich um eine Stelle am ersten Arbeitsmarkt zu bemühen.

Statt jährlich zweistellige Milliardenbeträge von Steuer- und Beitragszahlern wirkungslos auszugeben, sollten wir uns auf eine umfassende Vermittlungs-, Qualifizierungs- und Betreuungsoffensive für die Integration von Langzeitarbeitslosen und gering Qualifizierten in den ersten Arbeitsmarkt konzentrieren. Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt muss jederzeit Vorrang haben. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ muss zum Einsatz kommen. Den Menschen hilft nicht kurzfristige Beschäftigung, sondern nur eine langfristige Perspektive. Öffentliche Beschäftigung für Arbeitslose darf nur als Ausnahme unter eng definierten Bedingungen

organisiert werden. Zur Prüfung von Arbeitsbereitschaft, als subsidiäre Gelegenheit zu sinnvoller Betätigung im Interesse der Allgemeinheit oder zur Stärkung des Bewusstseins, dass für die Unterstützung mit Arbeitslosengeld II stets auch eine Gegenleistung für die Solidargemeinschaft zu erbringen ist.

### **Arbeitsrecht vereinfachen – Neueinstellungen erleichtern**

Das deutsche Arbeitsrecht regelt zu viele Details und ist zu kompliziert. Für viele Unternehmer ist die Regelungsvielfalt kaum zu durchschauen. Betriebe und Beschäftigte sollten stattdessen auf einen Blick erkennen können, welche Rechte und welche Pflichten sie haben. Außerdem stehen am Ende von Beschäftigungsverhältnissen viel zu oft aufwendige, langwierige und teure Gerichtsverfahren. Das Arbeitsrecht muss daher dringend vereinfacht werden. Die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Auch in der Aufschwungphase der letzten Jahre hat sich gezeigt, dass der starre Kündigungsschutz gerade den Langzeitarbeitslosen die Rückkehr in ein Beschäftigungsverhältnis erschwert. Um den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten, sollte daher an die Stelle des Kündigungsschutzes eine Abfindungslösung treten. Gesetzliche Regelungen sollten einen Mindestanspruch definieren, der individuell ausgeweitet werden kann. Die Abfindung orientiert sich an der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie an der Lohnhöhe. Die gesetzlichen Kündigungsfristen bleiben bestehen. Der Arbeitgeber erhält dadurch mehr Rechtssicherheit, da mögliche Entlassungskosten planbar werden. Dies erweitert den Spielraum für Neueinstellungen.

### **Arbeitsmarktinstrumente entrümpeln – Beitragszahler entlasten**

Die Entrümpelung der gesamten aktiven Arbeitsmarktpolitik ist eine weitere Kernaufgabe der nächsten Jahre. Die Zahl der Arbeitsmarktinstrumente kann ohne weiteres von heute 80 auf höchstens 40 halbiert werden. Das schafft mehr Transparenz und ermöglicht die Konzentration

on auf die Maßnahmen, die wirklich helfen. Darüber hinaus dürfen die Beitragszahler nicht mit neuen versicherungsfremden Ausgaben belastet werden. Versicherungsfremde Aufgaben sind systemgerecht aus Steuermitteln zu finanzieren. So ist die Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Förderungen für erwerbsfähige Fürsorgeempfänger eine staatliche Aufgabe, die aus Steuern und nicht aus Beiträgen finanziert werden muss. Der „Eingliederungsbeitrag“ mit dem Jahr für Jahr fünf Milliarden Euro Beitragsgelder in den Bundeshaushalt umgeleitet werden, muss abgeschafft werden.

### **Arbeitsvermittlung stärker kommunalisieren**

Erfolge gegen die Langzeitarbeitslosigkeit auf breiter Front erfordern das abgestimmte Ineinandergreifen von jugend-, sozial-, familien- und bildungspolitischen Maßnahmen mit gezielter Arbeitsförderung vor Ort. Eine solche ganzheitliche Unterstützung von Menschen, die oft mit Schulden, familiären, gesundheitlichen und anderen Problemen zu kämpfen haben und nicht selten seit Jahren keiner geregelten Arbeit mehr nachgegangen sind, ist ureigene Aufgabe der kommunalen Ebene. Daher brauchen wir die Ausweitung der kommunalen Arbeitsvermittlung auf Grundlage des Optionskommunen-Modells. Notwendig ist auch eine grundlegende Reform der SGB II-Verwaltung. Hier muss endlich eine dauerhafte Lösung Planungs- und Rechtssicherheit schaffen. Die Fördermaßnahmen müssen noch stärker nach Wirkung und Wirtschaftlichkeit erfolgen. Als ersten Schritt zur kommunalen Gesamtzuständigkeit sollte den Kommunen sofort die Berechnung und Auszahlung aller Geldleistungen übertragen werden. So wird stets ein einheitlicher Bescheid für den Bürger gewährleistet und die Bundesagentur von fachfremder reiner Verwaltung entlastet.

### **Gesetzliche Mindestlöhne verhindern – Tarifautonomie stärken**

Mindestlöhne vernichten bestehende und verhindern die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Bei einem von den Gewerkschaften geforderten allge-

meinen Mindestlohn von 7,50 Euro stiege nach Berechnungen des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung die Arbeitslosenzahl in Deutschland um 1,1 Millionen. Insbesondere die neuen Bundesländer wären davon betroffen. Gesetzliche Mindestlöhne richten sich vor allem gegen geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Vermittlungshindernissen, die ohne einen funktionierenden Arbeitsmarkt für einfache Tätigkeiten keine Chance auf den Einstieg in Arbeit haben. Deshalb ist jede Form bezahlter Arbeit dem Bezug von Transferleistungen vorzuziehen. Die Höhe eines gesetzlichen Mindestlohns würde zudem zum Spielball politischer Debatten.

Jeder staatliche Eingriff in die Lohngestaltung beeinträchtigt zudem die Tarifautonomie und setzt das bestehende System der Lohnfindung aufs Spiel. Die Tarifautonomie muss jedoch erhalten und fortentwickelt werden. Dabei sollen die betrieblichen Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Flächentarifverträge erweitert werden. Das ist in erster Linie eine Aufgabe der Tarifvertragsparteien. Eine vom Flächentarifvertrag abweichende Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber muss dabei auch ohne Zustimmung der Tarifpartner möglich sein und als günstiger gelten, wenn der Betriebsrat einer solchen Vereinbarung zustimmt und dadurch Beschäftigung gesichert oder neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

### **Zeitarbeit nicht weiter beschränken**

Die Bedeutung der Zeitarbeit als Beschäftigungsmotor wächst. Im letzten Jahr ist mehr als ein Viertel aller neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in der Zeitarbeit entstanden. In Zeiten der Globalisierung benötigen Unternehmen ein zunehmendes Maß an Flexibilität. Zeitarbeit wird von den Unternehmen in erster Linie als Instrument genutzt, um schwankenden und daher zeitlich begrenzten Bedarf an Personal zu decken. Die Zeitarbeit ist eine flexible Alternative zu klassischen Arbeitsverhältnissen, um Auftragsspitzen abzudecken oder neues Personal zu rekrutieren. Fast zwei Drittel der Zeitarbeitnehmer erhalten durch Zeitarbeit die Chance, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Die Branche trägt so zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Mindestens

30 Prozent der Zeitarbeitnehmer erreichen eine Anstellung beim entleidenden oder einem anderen Unternehmen. Auch hat sich gezeigt, dass Zeitarbeit grundsätzlich keine Gefährdung für Stammarbeitsplätze darstellt. Im Gegenteil würden neue Beschränkungen den Unternehmen die notwendige Flexibilität nehmen, damit dem Wirtschaftsstandort Deutschland schaden und auch Stammarbeitsplätze gefährden.

### **Lebensarbeitszeit verlängern**

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist ein weiterer unverzichtbarer Weg, um einerseits den demografiebedingten Problemen der Sozialversicherungssysteme und gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre war daher ein unverzichtbarer Schritt. Wir müssen die Erfahrung älterer Arbeitnehmer viel stärker als bisher nutzen. Der Stellenwert der beruflichen Weiterbildung muss deutlich steigen und es gilt, Modelle zu entwickeln, die ältere Arbeitnehmer flexibler dort einsetzen, wo es auf Erfahrung ankommt und gleichzeitig die körperliche Belastung niedriger ist. Immer neue Frühverrentungsprogramme sind hingegen abzulehnen. Ein zweiter, ebenso wichtiger Ansatz zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit bleibt die Verkürzung der Ausbildungszeiten. Die gut ausgebildeten jungen Menschen müssen dem Arbeitsmarkt früher zur Verfügung stehen.

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken**

Angesichts der Tatsache, dass heute viele Frauen, besonders Akademikerinnen, kinderlos bleiben, muss ein besonderes Augenmerk der Familienpolitik auf die Situation von Frauen in höher qualifizierten Berufen gerichtet werden, die oftmals aus beruflichen Gründen den vorhandenen Kinderwunsch immer weiter aufschieben. Auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen ist es wichtiger denn je, dass noch mehr Betreuungseinrichtungen für Kinder geschaffen werden. Insbesondere kommt es darauf an, bestehende Angebote stärker den Bedürfnissen der Arbeitsplätze der Eltern anzupassen. Immer flexiblere und passgenauere Ange-

bote werden erforderlich. Gleichzeitig brauchen wir familien- und kinderfreundliche Arbeitszeitmodelle. In all diesen Punkten ist nicht nur der Staat alleine, sondern es sind auch die Arbeitgeber gefragt. Denn im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitnehmer wird die Betreuung der Kinder ein immer bedeutenderer Faktor.

### **Zuwanderung stärker am Arbeitsmarkt ausrichten**

Ein weiterer wichtiger Aspekt für unseren Arbeitsmarkt ist die Zuwanderung qualifizierter ausländischer Fachkräfte. So lassen sich über eine zielgerichtete und nutzenorientierte Zuwanderungspolitik durchaus wirtschaftliche und soziale Ziele erreichen. Hierzu muss Zuwanderung jedoch wesentlich stärker als heute bedarfsorientiert gesteuert werden. Notwendig ist eine vernünftige, die Interessen unseres Landes und seiner Bürger berücksichtigende Zuwanderungspolitik.

*Johannes Pöttering ist Jurist und stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union.*

## Deutschlands Lebensversicherung: Das Wissen

Deutschlands Vorteil im europäischen und globalen Wettbewerb ist seine hohe Produktivität. Diese Produktivität speist sich vor allem aus einem Faktor: Wissen. Unser Wissen wird vermittelt durch ein funktionierendes Bildungssystem. Da Deutschland arm an Rohstoffen ist, sind wir gezwungen, innovative Lösungen und neue Produkte zu entwickeln. Nur im Einzelfall gelingt dies durch den genialen Einfall eines Einzelnen, in der Regel geschieht es im Zusammenspiel der Potentiale vieler gut ausgebildeter Menschen. Wenn die hierfür erforderlichen Qualifikationen in Deutschland nicht in ausreichendem Maße vermittelt werden, wird ein wesentlicher Standortvorteil Deutschlands im internationalen Wettbewerb entfallen. Einschneidende Auswirkungen eines solchen Wettbewerbsnachteils wären die Folge, auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen und für die deutsche Wirtschaft. Gerade in der Zukunft werden Arbeitsplätze vor allem in Berufen mit hohen und höchsten Qualifikationsvoraussetzungen entstehen, wohingegen Berufe mit niedrigen Qualitätsanforderungen zunehmend weniger nachgefragt werden. Jeder junge Mensch in Deutschland muss gemäß seiner Talente alle Möglichkeiten bekommen, um auf dem Arbeitsmarkt die Position einzunehmen, die er einnehmen möchte und kann. Für die Politik stellt sich die Frage: Was machen wir mit der großen Anzahl Jugendlicher, die als nicht ausbildungsfähig gelten oder die Schule oder ihr Studium abbrechen? Wie können wir unser Bildungssystem so reformieren, dass jeder Schüler gefördert und gefordert wird? Glücklicherweise gibt es inzwischen aussagekräftige Studien wie PISA oder TIMSS (Third International Mathematics and Science Study), die uns helfen, diese Frage zu beantworten. In einer so vielfältigen Gesellschaft wie der unsrigen gibt es keinen großen Hebel, der – wenn man ihn betätigt – unser Schulsystem sofort modernisieren und an die Weltspitze bringen würde. Es sind viele kleine und große Maßnahmen, die unser Bildungssystem voranbringen und unsere Schülerinnen und Schüler wettbewerbsfähiger machen. Erste Erfolge konnten die Untersuchungen PISA und IGLU bereits 2006

vermelden. In den Kernbereichen Mathematik, Lesefähigkeit und Naturwissenschaften verbesserten sich deutsche Kinder im OECD-Vergleich zum Jahr 2000 deutlich. Die bereits getroffenen Anstrengungen dürfen jedoch auch in den kommenden Jahren nicht nachlassen. Die größten Defizite im Bildungswesen und damit weitere Ansatzpunkte für Reformen ergeben sich im Umgang mit leistungsschwachen Schülern oder im Bereich der frühkindlichen Bildung.

### **Frühkindliche Bildung**

Einen großen Schritt zur Verbesserung des Bildungssystems kann man durch eine weitere Intensivierung der frühkindlichen Bildung erreichen. Das durchschnittliche Einschulungsalter in Deutschland ist mit 6,8 Jahren zu hoch. Entwicklungspsychologen haben mehrfach darauf hingewiesen, dass die frühe Kindheit eine der zwei lernintensivsten Phasen, z.B. für den Erwerb von Sprachkompetenz, ist. Deshalb ist der frühen Förderung der Kinder ein noch höherer Stellenwert einzuräumen. Unsere Familien, Kindergärten, Kindertagesstätten und Kinderhorte prägen die Entwicklung unserer Kinder in besonderem Maße. Sie können demnach auch besonderen Einfluss auf die frühkindliche Bildung unseres Nachwuchses nehmen. Wir müssen dabei allerdings eine kindgerechte Lösung finden, die auch Eltern, Betreuungseinrichtungen, Vor- und Grundschulen mit einbezieht. Weder die Kinder noch die Einrichtungen dürfen dabei in ein Korsett starrer Lehrpläne gezwängt werden, das die Gestaltungsfreiheit frühkindlicher Bildung zu stark einschränkt. Durch spielerisches Lernen sollen unsere Kinder frühzeitig in das Bildungssystem eingeführt werden und erfahren, dass Lernen durchaus Spaß machen kann. Auch der Übergang zwischen Betreuungseinrichtungen, Vor- und Grundschulen ist zu harmonisieren. Deshalb tritt die Junge Union Deutschlands z.B. für eine Reform der Fachkräfteausbildung ein. Vor allem die Ausbildung an den Fachschulen für Erzieherinnen und Erzieher für das dritte Kindergartenjahr muss zukünftig stärker mit der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte in Grundschulen verzahnt und die Laufbahnen durchlässiger gemacht werden. Einer gut ausgebildeten Kindergärtnerin soll durch Fortbildung die Möglichkeit eröffnet wer-

den, auch Grundschullehrerin werden zu können. Grundsätzlich soll der Erziehungsberuf dabei Ausbildungsberuf bleiben.

### **Leistungsschwache Schüler**

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Umgang mit Kindern aus so genannten anregungsarmen Elternhäusern. Die Konzepte der politischen Linken zur Reform des Bildungswesens in diesem Bereich beschränken sich auf die Schlagworte „Ganztagsbetreuung“ und „Einheitsschule“. Hierbei werden gerne einige interessante Fakten ignoriert. Zum Beispiel die Studie PISA-E: Die Bundesländer, die in Deutschland auf integrierte Schulsysteme setzen, bekommen allesamt schlechtere bildungspolitische Zeugnisse ausgestellt als die Bundesländer, die auf differenzierte Systeme bauen. Bayern für sich alleine betrachtet, wäre in allen PISA-Testkategorien in der OECD-Spitzengruppe gelandet. Gemeinsam mit den differenzierten Schulsystemen in Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen führt Bayern die bundesdeutsche Untersuchung an – und das ohne dass von den Linken blind aus Finnland kopierte System der Einheitsschule. Auch der Anteil an Abiturienten, die aus einfachen Verhältnissen kommen, ist in den differenzierenden Bundesländern am höchsten. Es muss also an anderen Dingen als einer gegliederten Schulorganisation gelegen haben, weshalb die Schulen in vielen Bundesländern so schlecht abgeschnitten haben.

Die Einführung eines sozialen Netzes, welches zu einer stärkeren Vernetzung zwischen Lehrern, Eltern und Schülern führt und die Identifikation mit der Schule stärkt, kann ein Baustein hin zu einer kindgerechten Förderung jedes einzelnen Schülers sein. Erforderlich ist aber auch, dass man Lehrern wieder die Tätigkeit überlässt, für die sie ausgebildet sind: Das Lehren. Wir brauchen Schullaufbahnbetreuer, Bibliothekare, Schulpsychologen, etc., die Schülern unter die Arme greifen und ihnen das Gefühl vermitteln, gefördert und gefordert zu werden. Und was heißt stärkere Förderung von leistungsschwachen Schülern? Hier fließt die Erkenntnis mit ein, dass international vor allem die Länder erfolgreich ausbilden, die eine besonders hohe Betreuungszeit pro Schüler aufweisen.

So werden in Finnland z.B. Lehramtsstudenten gezielt im Unterricht eingesetzt, um lernschwachen Schülern zu helfen oder um Unterstützung bei den Hausaufgaben zu leisten. Davon profitiert die Lehrerausbildung und die Schüler werden gezielt und individuell gefördert.

Große Herausforderungen haben wir auch im Umgang mit Kindern mit Migrationshintergrund. Die wichtigste Grundlage für eine gelungene Integration in die Gesellschaft, aber auch für den Erfolg im Bildungssystem, ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Deshalb sind verbindliche Spracheingangstest vor der Einschulung eine so hervorragende politische Maßnahme. Schon frühzeitig können Sprachprobleme erkannt und gezielt abgestellt werden. Interessant ist hierbei auch die Erfahrung, dass bei weitem nicht nur Kinder aus Elternhäusern mit Migrationshintergrund Deutschprobleme haben, sondern auch viele Kinder mit deutschen Eltern.

### **Dreigliedriges Schulsystem**

Jeder Schüler muss nach seinem Leistungsvermögen die bestmögliche Ausbildung bekommen. Im deutschen Bildungssystem darf niemand zurückgelassen werden. Über- oder Unterforderungen sind frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden. Hierzu ist auch in der Zukunft einzig und allein das dreigliedrige Schulsystem als differenziertes Bildungskonzept in der Lage. Jeder Schüler muss so gefördert werden, wie es seinen individuellen Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Und genau deshalb ist die Einführung von Einheitsschulen so rigoros abzulehnen. Nur durch ein differenziertes Bildungssystem kann den Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft begegnet werden. Die von den Linken propagierte Gleichmacherei im Schulwesen führt zu einer Überforderung der leistungsschwachen und zu einer Frustration der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler. Eine sinnvolle Einrichtung an Schulen im dreigliedrigen System sind die sog. „SchuB-Klassen“ (Schule und Betrieb), die es in hessischen Hauptschulen seit einigen Jahren gibt. Schüler haben in diesen Klassen die Möglichkeit, schon frühzeitig durch eine Integration in Partnerbetriebe mit der beruflichen Praxis in Kontakt zu kommen.

Nach den gemachten Erfahrungen in Hessen steigert dies die Lernwilligkeit der Schüler und deren Ausbildungsfähigkeit in hohem Maße. Aber auch die Erhöhung der Durchlässigkeit des Schulsystems – beispielsweise durch Querversetzungen – muss ein Ziel von Reformen im Bereich des dreigliedrigen Schulsystems sein. Hierzu gehört auch der Abbau des überbordenden Bürokratismus, der die Motivation und Kreativität von Lehrern und Schülern behindert. Schulen brauchen größere Freiräume, wenn sie ihre eigenen Akzente setzen sollen. Sie müssen in der Verwendung ihrer Finanzmittel eigenständig handeln und ihre Personalauswahl und -entwicklung eigenverantwortlich regeln.

### **Pro-Kopf-Ausgaben steigern**

Dass diese Maßnahmen Geld kosten, ist selbstverständlich. Unser Bildungssystem ist jedoch Garant für unsere Zukunft, für unsere Wirtschaft und damit auch für unsere Altersversorgung. Es gibt demnach kaum eine Haushaltsposition, in der unsere finanziellen Mittel besser angelegt wären, als im Bereich der Bildung. Um dem Ziel der nachhaltigen Konsolidierung unseres Bundeshaushaltes Rechnung zu tragen, kann eine „Selbstverpflichtung Demografie“ eingegangen werden. Die politisch Verantwortlichen in der Bundesregierung und den Landesregierungen sollen sich dazu verpflichten, die Ausgaben für die Bildungs- und Hochschulpolitik bis 2015 einzufrieren. Erhöht werden die finanziellen Mittel lediglich um einen jährlichen Inflationsausgleich. Bei sinkenden Schülerzahlen werden somit die Pro-Kopf-Ausgaben pro Schülerin und Schüler in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Mit dem dann vorhandenen zusätzlichen Geld sollen die Maßnahmen im Bund und in den einzelnen Ländern angegangen werden, die uns wirklich voranbringen.

### **Wissenschaft und Forschung sind der Schlüssel für unsere Zukunftsfähigkeit**

Die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung ist angesichts der globalen Herausforderungen, wie wachsender Weltbevölkerung, Klimawan-

del und Ressourcenknappheit nicht hoch genug anzusetzen. Fortschritte in Medizin, Welternährung, Energieversorgung, Kommunikation und umweltverträglicher Mobilität sind vor allem durch Wissenschaft und Forschung zu leisten. Deshalb ist Wissenschaft auch kein Selbstzweck, sondern unabdingbare Grundlage für den Fortschritt der Gesellschaft.

Wissenschafts- und Forschungspolitik ist somit vor allem Zukunftspolitik. Es geht nicht nur vordergründig um Fragen der Gegenwart, sondern vor allem um das Morgen. Politik darf sich nicht in der Gestaltung der Gegenwart erschöpfen, sondern muss den Blick nach vorne richten. Für Deutschland heißt das konkret, dass gute Wissenschafts- und Forschungspolitik den globalen Wettbewerb in den Fokus nehmen muss und Antworten dafür formuliert. Zum einen holen andere Länder zunehmend auf, zum anderen werden deutsche Ideen oft im Ausland verwirklicht und dort in Wachstum und Arbeit umgesetzt. Denken wir nur an das Schicksal des Transrapid. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Spitzenwissenschaftler, sowohl deutsche als auch ausländische, keine wissenschaftliche Zukunft in unserem Land sehen. Gute Wissenschaftspolitik muss auch die Frage des demografischen Wandels auf der Agenda haben. Sämtliche Sicherungssysteme unserer Gesellschaft und die Innovationsfähigkeit Deutschlands werden durch den demografischen Wandel in Frage gestellt. Deshalb muss es vor allem darum gehen, unsere gesamten Begabungspotentiale in vollem Umfang zu wecken und zu nutzen. Bildungspolitik insgesamt ist mit der Frage nach Teilhabe an Bildung konfrontiert. Die Frage nach dem Zugang zu Bildung ist ohne Zweifel die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Gute Wissenschaftspolitik muss deshalb dieses Problem beantworten und dafür Sorge tragen, dass niemand aufgrund sozialer Herkunft beispielsweise vom Hochschulzugang abgehalten wird. Ausgrenzung von Bildung darf es nicht geben, weil dies individuelle Zukunftschancen verbaut, aber gleichzeitig auch Begabungspotentiale für die Gesellschaft insgesamt ungenutzt lässt.

Innovation und Arbeitsplätze hängen maßgeblich von unserer Wissenschaft und Forschung ab. Sie ist auch Basis für die kulturelle und intellektuelle Strahlkraft Deutschlands. Deshalb darf die Bedeutung von Wis-

senschaft und Forschung nicht nur auf die ökonomische Verwertbarkeit reduziert werden. Die großartigen geistigen Leistungen im Lande der Dichter und Denker wären nämlich nicht vorstellbar gewesen, wenn es neben den herausragenden naturwissenschaftlichen und technologischen Erfindungen nicht auch Übertreffendes im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften gegeben hätte. Nur beides zusammen, naturwissenschaftliche und technologische Innovationen, sowie geistes- und sozialwissenschaftliche Leistungen, sind Basis für Deutschlands Zukunftsfähigkeit. Beide Bereiche bilden eine Symbiose, damit Deutschland zugleich erfolgreiche Wirtschafts- und Kulturnation ist.

Nur Wissenschaft und Forschung, Erfindergeist, Ideenreichtum und Kreativität der Menschen in unserer Gesellschaft können eine Antwort darauf geben, wovon und wie wir morgen leben wollen. Deshalb muss dem Stellenwert von Wissenschaft und Forschung in der Politik und vor allem im öffentlichen Bewusstsein noch viel mehr Priorität gegeben werden.

### **Wissenschaft und Forschung – ideologiefrei, aber wertgebunden**

Für die Junge Union gibt es bei der Ausgestaltung von Wissenschafts- und Forschungspolitik zwei leitende Prinzipien. Erstens gilt: Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung muss klar anerkannt werden. Wissenschafts- und Forschungspolitik muss immer ideologiefrei sein, darf aber niemals wertfrei sein. Wissenschafts- und Forschungspolitik ist für die Union daher immer wertgebunden. Deshalb gilt zweitens: Chancen und Risiken von Forschung sind immer gewissenhaft abzuwägen. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung findet dann ihre Grenzen, wenn die unantastbare Würde des Menschen verletzt wird oder die Schöpfung gefährdet ist. Gerade die neuen Entwicklungen in den Biowissenschaften werden die Gesellschaft vor weitere ethische Fragen stellen und zu schwierigen Abwägungen herausfordern. Wegen genau diesen technischen Fortschritten ist eine klare wertgebundene Forschungspolitik notwendig, um schwierige Abwägungen auf einem festen Fundament vornehmen zu können.

## Wo stehen wir?

Deutschland steht in einem weltweiten Innovationswettbewerb. In diesem Wettbewerb ist unsere Situation durchaus als ambivalent einzuschätzen. Die Bundesrepublik ist zwar dem in der Lissabon-Strategie verabredeten Ziel, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) bis 2010 bei drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen sollen, näher gekommen, aber mit einem FuE-Anteil von 2,5 Prozent am BIP (Bruttoinlandsprodukt) liegt Deutschland im internationalen Vergleich nur auf dem 9. Platz, hinter den USA und Japan, aber auch hinter ökonomisch schwächeren Ländern wie Israel, Korea oder Schweden. 2007 ist Deutschland im Vergleich um die besten Bedingungen für Innovationen weiter zurückgefallen. Der Innovationsindikator des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) machte deutlich, dass sich die Bundesrepublik auf Rang acht der führenden Industrienationen befindet. Der Indikator zeigte auch auf, dass sich Deutschland beim Hochschulzugang gerade einmal auf Platz 16 einreicht. Gleichzeitig gibt es aber auch Positives zu vermelden. Mit einem Anteil von 8,4 Prozent an den weltweit anerkannten Fachpublikationen in den Natur-, Ingenieur- und Medizinwissenschaften, mit 12 Prozent aller weltmarktrelevanten Patente und mit 16,5 Prozent der OECD-Exporte an Technologiegütern (USA 15,5 Prozent) sind die Ergebnisse Deutschlands durchaus beachtlich. Führend ist die Bundesrepublik auch in den Bereichen Maschinenbau, Fahrzeugbau und in der Umwelttechnik und ist zumindest Schrittmacher in vielen Bereichen der erneuerbaren Energien, der Laser-, Nano- und Medizintechnologie.

## Deutschland zu einer Talentschmiede entwickeln

Unser Ziel muss daher sein, unsere Stärken weiter auszubauen und dort aufzuholen, wo wir noch nicht vorne liegen. Insbesondere der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung muss deutlich gesteigert werden. Dabei sollte das Drei-Prozent-Ziel der Lissabon-Strategie nicht das Ende der Fahnenstange sein. Die Union setzt sich daher zu Recht das Ziel, den Anteil der FuE-Ausgaben gemessen am BIP bis 2015 auf vier

Prozent zu steigern. Baden-Württemberg geht hier mit gutem Beispiel voran und hat schon heute mit 13,7 Milliarden Euro FuE-Ausgaben einen Anteil am BIP von 4,2 Prozent erreicht. Damit liegt der Südwesten der Republik ganz klar an der Spitze aller Bundesländer und setzt Maßstäbe.

Ziel unserer Wissenschaftspolitik in den kommenden Jahren muss es sein, Deutschland zu einer international anerkannten Talentschmiede zu entwickeln, wie es Bundesministerin Dr. Annette Schavan formuliert hat. Dabei muss die Förderung wissenschaftlicher Exzellenz und die Bildungsbeteiligung besonders an den Hochschulen verbessert werden. Voraussetzung um dieses Ziel zu erreichen, sind Freiräume für die Wissenschaft und vor allem für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

### **Mehr Freiheit**

Die Entwicklung hin zu mehr Autonomie und Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem ist ohne Zweifel richtig. Schließlich gedeihen Ideen am besten in einem Klima von Freiheit, Offenheit und intellektuellem Wettbewerb. Das Land Nordrhein-Westfalen ist 2006 mit seinem Hochschulfreiheitsgesetz einen konsequent richtigen Weg gegangen. Hochschulen wurden als Körperschaften des öffentlichen Rechts verselbstständigt und sind damit keine staatlichen Einrichtungen mehr. Vielmehr erhalten sie so weitreichende Kompetenzen und die Verantwortung für Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen. Der in vielen unionsgeführten Bundesländern neu etablierte Hochschulrat gewährleistet eine enge Anbindung an das gesellschaftliche Umfeld und bezieht hochschulexterne Leistungsträger, wie z.B. aus der Wirtschaft, eng in die strategischen Zukunftsentscheidungen der Hochschulen mit ein. Insgesamt muss es bei moderner Hochschulpolitik darum gehen, das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen auf eine neue Grundlage zu stellen. Der Staat zieht sich aus der Detailsteuerung zurück und wirkt nur noch über Ziel- und Leistungsvereinbarungen an der Strategie- und Entwicklungsplanung der Hochschulen mit. Damit gewinnt der Grundsatz von der Freiheit der Wissenschaft auch hochschulrechtlich völlig neue Qualität.

## Stärken stärken

Die Bilanz der Großen Koalition auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik ist durchaus anerkennenswert. In dieser Legislaturperiode investiert die Bundesregierung rund sechs Milliarden Euro zusätzlich, um den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland zu stärken. Maßnahmen wie die mit 1,9 Milliarden Euro geförderte Exzellenzinitiative haben die notwendige Ausdifferenzierung der deutschen Hochschullandschaft forciert. Auch in Zukunft muss es darum gehen, finanzielle Mittel dort zu konzentrieren, wo tatsächlich wissenschaftliche Exzellenz bereits vorhanden ist, um sie weiter auszubauen. Nur so kann es gelingen, international wettbewerbsfähige Spitzenforschung zu fördern. Die Zeiten von Gießkannenförderung müssen endlich der Vergangenheit angehören. Stattdessen müssen noch deutlicher die finanziellen Mittel auf den Ausbau von Stärken konzentriert werden.

Eines der Grundprinzipien in der deutschen Hochschullandschaft ist und bleibt die Einheit von Forschung und Lehre. Bei aller notwendigen Förderung der Forschung durch die Exzellenzinitiative sollte nun auch darüber nachgedacht werden, eine ähnliche Initiative für die Lehre zu entwickeln. Eine Exzellenzinitiative im Bereich der Lehre würde sicherlich auch die Qualität der oftmals mangelhaften deutschen Hochschuldidaktik heben und den Stellenwert der universitären Lehre deutlich steigern. Weil es das Ziel ist, Deutschland zu einer international anerkannten Talentschmiede zu entwickeln, steht nicht nur der wissenschaftliche Nachwuchs im Mittelpunkt, sondern auch die akademischen Fachkräfte für den Arbeitsmarkt insgesamt. In den nächsten Jahren wird zunächst die Nachfrage nach Studienplätzen enorm ansteigen. Bund und Länder haben sich daher auf den Hochschulpakt 2020 geeinigt, mit dem in den Jahren 2007 bis 2010 zunächst 90.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Der Bund stellt hierfür bis 2010 565 Millionen Euro zur Verfügung. Die dauerhafte Anhebung der Akademikerquote muss aber in den nächsten Jahren ein generelles Ziel sein. Während im OECD Durchschnitt rund 35 Prozent der jungen Menschen einen Hochschulabschluss erwerben, verharren wir in Deutschland bei mageren 22 Prozent. Freilich berücksichtigt die OECD nicht unser duales Ausbildungssystem, welches so in

anderen OECD-Staaten nicht vorhanden ist. Fakt ist aber, dass angesichts des Absinkens der Schülerzahl um 17 Prozent bis zum Jahr 2020 und der enorm steigenden Nachfrage nach akademischen Fachkräften die Akademikerquote in Deutschland gesteigert werden muss, zumal wir sonst im internationalen Vergleich auch in der Forschung langfristig zurückgedrängt werden. In China beispielsweise übersteigt laut OECD ausschließlich der Zuwachs an Forschern zwischen 1997 und 2004 die Gesamtzahl aller in Deutschland tätigen Forscher. Alle Anstrengungen müssen deshalb darauf gerichtet werden, den Hochschulzugang für noch mehr junge Menschen attraktiv zu machen. Die begonnene Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung wird hierzu einen wichtigen Beitrag leisten und vor allem das Problem der Bildungsbeteiligung in den Fokus nehmen. Die Zeiten in denen man eher negativ von einem Studentenberg gesprochen hat, sind vorbei. Vielmehr müssen wir es als Glücksfall betrachten, wenn sich junge Menschen zu einem Studium entschließen und es erfolgreich beenden. In diesem Zusammenhang muss es gelingen, ein großes und breit angelegtes nationales Stipendiensystem aufzubauen. Gerade leistungsstarke junge Menschen werden nach wie vor nur unzureichend gefördert. Die derzeitige Stipendienförderungsquote von ca. zwei Prozent sollte bis 2012 mindestens auf die besten 10 Prozent eines Jahrgangs erhöht werden. Dies bedeutet, dass der Bund und die Länder noch mehr in die Begabtenförderung investieren müssen, es bedeutet aber auch, dass die Wirtschaft ihre Anstrengungen in diesem Bereich deutlich erhöhen muss. Gelingende Forschungs- und Innovationspolitik bedeutet immer Nachwuchsförderung. Daher gilt es, insbesondere die Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu fokussieren. Hierbei geht es einerseits um optimale Forschungs- und Qualifizierungsbedingungen und andererseits um Programme und Instrumente, um wissenschaftliche Ideen auch in eine wirtschaftliche Selbstständigkeit münden lassen zu können.

### **Vom Land der Ideen zum Land des Handelns**

Forschungs- und Wissenschaftspolitik ist ein Schlüssel für mehr Innovationen und damit für mehr Wachstum. Grundlage hierfür ist jedoch,

dass zukünftig stärker als bisher die Forschungspolitik strategisch darauf ausgerichtet wird, dass sich Ideen der Forschung auch auf den Märkten durchsetzen. Bisher war die deutsche Forschungspolitik zu stark auf reine Forschung konzentriert. Aus dem Land der Ideen muss viel stärker vor allem ein Land der Umsetzung werden. Einen sehr bedeutenden Beitrag leistet dabei die „Hightech-Strategie“ der Bundesregierung, die erstmals darauf angelegt ist, dass Innovationspolitik quer über alle Ressortgrenzen als roter Faden des Regierungshandelns erkennbar ist. Die „Hightech-Strategie“ schafft erstmals konsequente Wege der Kooperation zwischen Wissenschaft und industrieller Forschung, schafft eine Vorausschau auf technologische Entwicklungsprozesse und formuliert für einzelne Bereiche klare Ziele. Besonders wichtig und deshalb vorbildlich für die zukünftige Entwicklung unserer Forschungspolitik ist die Tatsache, dass diese nationale Strategie klare thematische Prioritäten in den Bereichen Energieforschung, Gesundheitsforschung, Nanotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie und Sicherheitsforschung setzt. Außerdem konzentriert sich die „Hightech-Strategie“ auf die Förderung von Spitzenclustern, die so ihr Profil schärfen können und sich damit zu internationalen Anziehungspunkten entwickeln können. Ziel muss es sein, so neue Märkte für deutsche Technologien zu erschließen und die ausländischen Direktinvestitionen in Forschung und Entwicklung zu steigern. Das Prinzip „Stärken zu stärken“ muss sich auch in den nächsten Jahren als nachhaltiges Prinzip in der deutschen Forschungspolitik durchsetzen. Eine nationale Vorausschau für mindestens 15 Jahre, um neue Schwerpunkte und übergreifende Themen in Forschung und Technologie, Potenziale für strategische Partnerschaften und prioritäre Handlungsfelder zu identifizieren, muss Markenzeichen deutscher Wissenschafts- und Forschungspolitik werden.

In Zukunft muss es auch darum gehen, den Mittelstand noch stärker an wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen ökonomisch partizipieren zu lassen. Sinnvoll sind deshalb Instrumente, wie eine Forschungsprämie für Forschungsaufträge kleiner und mittlerer Unternehmen an Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Insgesamt sollten die Mittel zur Förderung kleiner und innovativen Unternehmen deutlich gesteigert werden. Darüber hinaus sollte Deutsch-

land ähnlich wie andere EU-Mitgliedstaaten die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in den Blick nehmen, um die öffentliche Förderung der FuE-Aufwendungen von Unternehmen zu ergänzen.

## **Bildung ist Grundlage nationaler Identität**

Um gerade jungen Menschen in Deutschland wirkliche Zukunftschancen zu geben, brauchen wir nachhaltig wachsende wirtschaftliche Dynamik. Der Schlüssel hierfür liegt in einer konsequenten Innovationspolitik. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind Deutschlands Zukunftsressource Nummer 1. Investitionen in junge, kluge Köpfe sind die Grundlage für zukünftigen Wohlstand und damit für Gerechtigkeit und Entfaltungschancen. Deutschland soll Innovationsmotor Europas sein und einer der attraktivsten Wissenschaftsstandorte weltweit. Wir wollen aber nicht nur Land der Ideen wegen der ökonomischen Bedeutung sein, sondern vor allem, weil die kulturelle Identität und das Selbstbewusstsein der deutschen Nation damit eng verbunden sind.

## **Resümee**

Das deutsche Bildungswesen befindet sich im Umbruch. Nach den erschreckenden Erkenntnissen der ersten PISA-Studie ist es zu zahlreichen Reformen im schulischen Bereich gekommen. Auch die Hochschulpolitik hat unter der unionsgeführten Bundesregierung einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Von unseren Anstrengungen im Bildungsbe-  
reich hängt maßgeblich die Zukunftsfähigkeit unserer Nation ab. Wenn wir bei all den Reformen noch Alltagstugenden wie Herz und Charakter einen höheren Stellenwert bei der Ausbildung der nachwachsenden Generation geben, dann befinden wir uns auf dem richtigen Weg zur nachhaltigen Verbesserung unseres Bildungswesens. Durch die Verbindung von Leistung und Können mit Herz und Charakter werden wir auch in Zukunft unserem Anspruch, Ideengeber und Vordenker in der globalisierten Welt zu sein, gerecht werden.

*Stefan Grubner ist wissenschaftspolitischer Sprecher der Jungen Union Deutschlands. Er studiert Politik und Geschichte auf Lehramt für Gymnasien an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.*

*Tom Zeller ist bildungspolitischer Sprecher der Jungen Union Deutschlands. Er ist Diplom-Politologe und arbeitet in der Personalabteilung einer Großbank in Frankfurt am Main.*

## Mobilität als Ausdruck einer dynamischen Gesellschaft

Die modernen Gesellschaften zeichnen sich durch immer weitergehende Differenzierung aus. Soziale Aktivitäten wie beispielsweise Wohnen, Arbeiten, Bildung und Erholung sind oft räumlich voneinander getrennt. Sofern die Teilnahme an bestimmten Ereignissen gewünscht oder notwendig ist, sind räumliche Distanzen zu überwinden. Der Mobilität fällt so die Funktion zu, Menschen zu integrieren. Gleichzeitig ist Mobilität notwendig zur Einbeziehung in wichtige soziale Systeme wie Bildung und Arbeit. Mobilität entsteht aber nicht nur aus dem Zwang, räumlich getrennte Aktivitäten wahrzunehmen: Es gibt auch ein tiefes menschliches Bedürfnis nach Mobilität. Das Unterwegssein dient dann der Identitätsstiftung und ist Ausdruck eines Lebensstils, sei es bei einer Überlandfahrt durch eine schöne Landschaft oder bei Tempo 200 auf der Autobahn.

### **Ohne Verkehrsinfrastruktur kein Wohlstand**

Mobilität als Raumüberwindung von Personen und Gütern ist eine zentrale Voraussetzung für den Wohlstand von Gesellschaften. Das wussten schon die Römer, deren Legionäre mehr Straßen und Brücken gebaut haben als Kriege gefochten. Mobilität bietet den Bürgern Optionen sowohl bei der Befriedigung ihrer vielfältigen Bedürfnisse nach materiellen und nichtmateriellen Dingen als auch bei der Erzielung von Einkommen und Vermögen. Mobilität ermöglicht Spezialisierung und Arbeitsteilung und steigert dadurch die Produktivität der Volkswirtschaft. Sie ermöglicht die Erschließung neuer Märkte und Markterweiterungen für Produzenten und Konsumenten. Sie begünstigt die Einführung und die Verbreitung von Innovationen. Mobilität fördert den Strukturwandel und sie erleichtert die räumliche, wirtschaftliche und politische Integration.

Voraussetzung für Mobilität ist eine leistungsfähige, d. h. dem Bedarf entsprechend ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Reduzierte sich diese in der Frühzeit der Menschheit auf möglichst hindernisfreie Pfade, Stege oder Anlegestellen, gehören dazu heute in hoch industrialisierten Ländern Straßen, Schienen, Wasserstraßen und der Luftraum, Bahnhöfe, Flughäfen, See- und Binnenhäfen, Signalanlagen, Stellwerke, Radaranlagen und – bei entsprechend weiter Abgrenzung – auch alle Einrichtungen zum Transport von Informationen. Verkehrsinfrastruktureinrichtungen bilden die Voraussetzung für Mobilität, indem sie über meist lange Zeiträume hinweg eine Vielfalt an gleichzeitigen, zeitunabhängigen und unterschiedlichen Möglichkeiten für die Raumüberwindung von Personen und Gütern eröffnen. Insofern gehen sie quasi als Vorleistungen in die Güterproduktion der Unternehmen und in die Bedürfnisbefriedigung der privaten Haushalte ein und erhöhen die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt. Sie sind Produktions- und Standortfaktoren gleichermaßen.

Aufgrund ihres Potenzial- und Vorleistungscharakters wird die Verkehrsinfrastruktur daher auch zum „Rückgrat von Wirtschaft und Gesellschaft“ gerechnet und ist Wesensbestandteil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Diese wachstums- und wohlfahrtstreibende Funktion der Verkehrsinfrastruktur wird auch in einer Vielzahl von empirischen Studien bestätigt. Sie zeigen im Rahmen von Zeitreihen- und Querschnittsanalysen, dass Infrastrukturinvestitionen die Produktionskosten verringern und die Faktorproduktivitäten erhöhen, wodurch das Wachstum des Inlandsprodukts und die Beschäftigung auf regionaler und gesamtwirtschaftlicher Ebene steigen.

Vor diesem Hintergrund wird in Deutschland die sowohl seit einiger Zeit zu beobachtende als auch für die Zukunft erwartete Investitionszurückhaltung des Staates, der traditionell für die Bereitstellung und Finanzierung der Verkehrswege verantwortlich ist, mit Sorge registriert. Bereits seit Längerem übersteigen die in Transporteinheiten (TE) gemessenen Verkehrsleistungen deutlich die öffentlichen Investitionen in Neubau, Ausbau und Erhaltung der Verkehrswege. Dementsprechend war auch der für die Finanzierung der Bundesverkehrswege maßgebliche Bundes-

verkehrswegeplan 1992 bereits nach kurzer Zeit hoffnungslos „unterfinanziert“. Das gilt im Ansatz bereits ebenso für den aktuellen Bundesverkehrswegeplan 2003, der bis zum Jahr 2015 einen deutlich höheren Investitionsbedarf ausmacht als finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Aber selbst diese „enge“ Finanzierung gilt mittlerweile als nicht gesichert, wird doch für die Zukunft allgemein von einem erheblichen Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte ausgegangen, der sich erfahrungsgemäß immer zu Lasten der investiven Ausgaben auswirkt.

Für die Verkehrsinfrastruktur bedeutet das zweierlei: Zum einen besteht die Gefahr, dass ihre Leistungsfähigkeit durch zunehmende Kapazitätssengpässe bei gleichzeitiger qualitativer Bestandsverschlechterung beeinträchtigt wird und damit die Qualität des heimischen Standorts sowohl für Unternehmen als auch für qualifizierte Arbeitskräfte sinkt. Zum anderen müssen die Mittel für Infrastrukturinvestitionen noch mehr als sonst unter Effizienzgesichtspunkten eingesetzt werden. Verschwendung von öffentlichen Ressourcen und Fehlallokation sind schon unter normalen Bedingungen wohlfahrtsschädigend. Unter dem Diktat zunehmender Engpässe in den öffentlichen Haushalten und der Konkurrenz mit anderen, meist konsumtiven Leistungen, gehen sie an die Substanz.

### **Mobilität braucht Infrastruktur**

Mobilität – die schnelle, zuverlässige und sichere örtliche Beweglichkeit von Menschen und Gütern – ist ein hohes Gut in unserer arbeitsteilig organisierten und daher hochspezialisierten Wirtschaft. Menschen müssen und wollen zu ihren Arbeitsstätten gelangen, Güter müssen während des Produktionsprozesses transportiert werden und nach ihrer Fertigstellung zum Absatzort und zum Kunden kommen. Daran hat sich seit Urzeiten nichts geändert, auch nicht durch Internet und E-Commerce. Denn immer noch müssen die elektronisch bestellten Güter transportiert werden. Transport braucht Infrastruktur: Straßen, Brücken, Flughäfen, Eisenbahnnetze und Wasserstraßen. Unsere bereits vorhandene Verkehrsinfrastruktur ist ein wertvolles Volksvermögen, auch wenn niemand dessen genauen Wert beziffern kann.

## **Der Wert unserer Verkehrsinfrastruktur verfällt**

Obwohl ein wertvolles Gut – ohne sie könnten wir unseren Wohlstand weder halten noch ihn vergrößern – wird in Deutschland die Verkehrsinfrastruktur vielfältig auf Verschleiß gefahren. Dass die Forderungen nach höheren Investitionen berechtigt sind, zeigt eine Studie, wonach 41 Prozent der Bundesstraßen und 20 Prozent der Autobahnen erhebliche Mängel aufweisen. Und auch für das Schienennetz gibt es weiterhin Investitionsbedarf in Milliardenhöhe. Bei den Bundesverkehrswegen hat sich durch nicht getätigte, aber unbedingt notwendige Erhaltungsinvestitionen ein Erhaltungsdefizit von über 308 Milliarden Euro angesammelt. Eine gigantische Summe, eine Belastung unserer Zukunft, für unsere Kinder und Enkel, die aber in den offiziellen Statistiken so nicht auftaucht. Und das schlimmste ist: Nichtstun lässt diese Schadenssumme weiter zunehmen. Die Politik ist gefordert, durch nachhaltige Bereitstellung von Finanzierungsmitteln das Erhaltungsdefizit anzugehen.

## **Künftig höherer Bedarf erfordert zusätzlichen Neubau**

Die Mobilität wird in Zukunft noch wichtiger und damit auch die dafür benötigte Infrastruktur. Insbesondere der Gütertransport wird stark wachsen, je nach Schätzung auf das Doppelte bis Vierfache des heutigen Niveaus. Dies kann die heute bereits häufig überlastete Verkehrsinfrastruktur nicht mehr bewältigen. Staus von einer heute nur schwer vorstellbaren Länge und Häufigkeit würden drohen, mit schweren Belastungen für Mensch und Umwelt sowie Wohlstandsverlusten.

## **Ausbau betrifft alle Verkehrsträger – mit unterschiedlicher Gewichtung**

Von den vier Verkehrsträgern – Straße, Schiene, Luft und Wasser – hat die Straße mit Abstand das größte Volumen zu bewältigen. Beispiel Gütertransport: Gemessen an der Transportleistung hat die Straße 70 Prozent, die Schiene 17 Prozent und Wasser 13 Prozent zu bewältigen. Die

zu erwartenden Zuwächse werden sich nach diesem Schema aufteilen. Das heißt: Weil die Straße auch in Zukunft die Hauptlast tragen muss, muss sie vorrangig ausgebaut werden – aber nicht ausschließlich. Die Zukunft bewältigen wir nur mit einem aufeinander abgestimmten Verkehrssystem.

### **Infrastruktur sichert Zukunft**

Offensive Investitionen in die Infrastruktur gehören noch zu den wenigen politischen Trumpfkarten im Standortwettbewerb der Nationen. Weder die Europäisierung noch die Globalisierung haben hier eine entmachtende Wirkung auf nationale Gestaltungsmöglichkeiten.

Im Gegenteil: Mit der Qualität der Infrastruktur können unter den freien Kapitalmarktbedingungen der Globalisierung Investitionen ins Land geholt werden, so dass das Wachstum einer Volkswirtschaft durch Infrastruktur stärker beeinflusst werden kann, denn je zuvor. Wer morgen von den Vorteilen einer exzellenten Infrastruktur profitieren will, der muss angesichts der langen Planungszeiten schon heute dafür sorgen, dass die notwendigen Maßnahmen auch rechtzeitig auf den Weg gebracht werden.

Doch selbst diejenigen, die nicht mehr bereit sind, den Bedürfnissen der nachfolgenden Generationen Priorität einzuräumen, müssen einsehen, dass die volkswirtschaftlichen Kosten, welche allein die Mängel und Defizite im Straßennetz schon jetzt tagtäglich hervorrufen, ausreichend Anlass dazu geben, endlich in angemessenem Umfang zu investieren. So werden die jährlichen Kosten, die etwa von Staus verursacht werden, auf 102 Milliarden Euro geschätzt.

Zwei Drittel davon sind direkt auf Engpässe zurückzuführen. In einer Zeit, in der man aus gutem Grunde über die Einsparung von teurem Kraftstoff und klimaschädlichen Abgasen diskutiert, stimmt es nachdenklich, wenn jeden Tag mehr als 30 Millionen Liter Kraftstoff sinnlos im Stau in die Luft geblasen werden.

## Infrastruktur nachhaltig finanzieren

Die Probleme sind nur mit einem langfristigen Verkehrsfinanzierungsprogramm zu bewältigen. Und sicher ist, dass das mehr Gelder in Anspruch nehmen wird als die knapp zehn Milliarden Euro, die der Bund derzeit jährlich investiert. Fest steht aber ebenso, dass bei den hohen Preissteigerungsraten, die viele Bürger trotz des aktuellen Aufschwungs belasten, kein Spielraum für eine Steuer- und Abgabenerhöhung besteht – zumal mobilitätsbezogen –, noch sich gehört.

Als 2005 das elektronische Mautsystem für LKW eingeführt wurde, war die Hoffnung groß, die Behebung der bestehenden Mängel in Deutschlands Straßennetz mit diesen zusätzlichen Einnahmen endlich finanzieren zu können. Bereits zwei Jahre zuvor wurde zu diesem Zweck die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) gegründet, die sich zu 100 Prozent im Besitz des Bundes befindet.

Doch die von Jahr zu Jahr steigenden Mautgebühren fließen weder vollständig noch auf direktem Weg in die Kassen der VIFG, sondern gehen erst einmal in den allgemeinen Bundeshaushalt mit ein, von wo ihr wieder Gelder zugeteilt werden. Das war von Anfang an ein Konstruktionsfehler, der die Entscheidungen über Investitionen zum alljährlichen Politikum macht und eine Kapitalunterversorgung der Infrastrukturinvestitionen regelrecht provoziert.

In der aktuellen Diskussion kommt nun langsam wieder die berechtigte Forderung auf, die Mautgebühren ausschließlich zum Unterhalt und gegebenenfalls zum Neubau der Autobahnen zu verwenden. Die VIFG könnte so unter wirtschaftlichen Grundsätzen und auf der Grundlage von Bedarfsschätzungen eigenständig die Autobahn-Maut verwalten und sinnvoll reinvestieren, um so das Straßennetz der Nachfrage anzupassen. Das wäre transparent und gerecht zugleich, weil es automatisch dem Zusammenhang zwischen Nutzung, Abnutzung, Einnahmen und Reinvestitionsbedarf Rechnung tragen würde. Schließlich handelt es sich bei der Autobahn-Maut für LKW von ihrer Konzeption her eindeutig um eine preisähnliche Nutzungsgebühr, für die eine solche Zweckbindung auch

finanzwissenschaftlich vollkommen korrekt wäre. Die so gewonnene Transparenz sorgt zudem für eine größere Finanzierungssicherheit, die ein langfristiges Verkehrsfinanzierungsprogramm zwangsläufig benötigt. Der Bundesverkehrsminister und die Bundesregierung sollten hier deshalb einen großen Wurf wagen.

Doch solange die Zweckbindung für die Einnahmen aus der LKW-Maut nicht besteht, ja nicht einmal ein respektierlicher Anteil der Einnahmen in die Investitionen in Infrastruktur fließen, braucht über eine PKW-Maut gar nicht nachgedacht werden. Damit würde nur ein neuer Einnahmetatbestand für die öffentliche Hand geschaffen, der Verkehrsinfrastruktur aber noch kein Dienst erwiesen. Ja, bei der LKW-Maut offenbart sich die Schwäche gegenwärtiger Politik – eingeführt wurde sie mit dem Versprechen aufkommensneutral für die deutschen Fuhrunternehmen zu sein. Stattdessen sind andere Einnahmetatbestände wie die KFZ-Steuer weder gesenkt noch abgeschafft worden. Die Mineralölsteuer, die Ökosteuern, die gestiegenen Treibstoffkosten und auf alles noch einmal ein gesteigertes Mehrwertsteuersatz haben zwar für sprudelnde Einnahmequellen für den Staat gesorgt. Sie haben aber nicht zu höheren Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur geführt. Gestiegen sind allein die Belastungen für die Nutzer.

*Diplom-Geograph Sven Spielvogel ist verkehrspolitischer Sprecher der Jungen Union Deutschlands.*



## Energiepolitik – eine soziale Frage

Die deutsche Energiepolitik ist in der Bundesregierung und in den Fraktionen eindeutig auf die Ressorts Umwelt und Wirtschaft aufgeteilt. Während die Umweltpolitik dabei grundsätzlich die Energieerzeugung unter dem Gesichtspunkt des Einflusses auf unseren Lebensraum definiert, unterliegt die Wirtschaftspolitik oft dem Fehler, Energieversorgung als reinen Infrastruktur- und Industriefaktor zu sehen.

Die fehlende eigenständige Zielsetzung des Energiebereiches im Rahmen des klassischen Dreiklangs „Umweltverträglichkeit“, „Versorgungssicherheit“ und „Wirtschaftlichkeit“ vernachlässigt beim letzten Punkt dabei einen entscheidenden Faktor, dessen Wirkung unser Land in den kommenden Jahren nachhaltig verändern wird.

Während die Notwendigkeit wettbewerbsfähiger Energiepreise für die produzierende wie dienstleistende Wirtschaft durch eine starke Lobby und entsprechende Wahrnehmung in den Medien und der Politik deutlich sichtbar ist, wird der Privatsektor in dieser Frage oft ausgeblendet. Denn auch wenn eine unabhängig von den Energiepreisen wettbewerbsfähige Wirtschaft mehr oder weniger automatisch zu sicheren Arbeitsplätzen und einem entsprechendem Lohnniveau führen würde, fehlt in der öffentlichen Wahrnehmung die Sensibilisierung für die Konsequenz steigender Energiekosten in den Haushalten.

Während zumindest in der Theorie Konzerne durch ihre Größe eine gewisse Flexibilität und Widerstandskraft entwickeln können, um der existenziellen Bedrohungen durch nicht wettbewerbsfähige Energiekosten auszuweichen – sei es durch Änderung des Geschäftsmodells, Restrukturierung oder Abwanderung – so treffen hohe Energiepreise den Arbeitnehmer doppelt. Zum einen ist er durch die Veränderungen seiner Arbeitsumgebung ebenfalls gezwungen flexibel zu reagieren, was ihm allerdings nur sehr beschränkt möglich ist und seine Einnahmen

gegebenenfalls drastisch verringern wird. Zum anderen treffen ihn die hohen Energiepreise auf der Kostenseite im täglichen Leben an den verschiedensten Stellen.

Energie – und dabei zuerst Elektrizität – war für die Generation des Wirtschaftswunders und ihre Kinder eine in Verfügbarkeit und Kosten weitgehend selbstverständliche Ressource. Der in der Wirtschaft und im Privaten ständig steigende Bedarf wurde durch eine funktionierende Infrastruktur und ein akzeptables Preisniveau Bestandteil unseres täglichen Lebens. „Der Strom kommt aus der Steckdose“ ist ein vielzitatierter Satz, dessen Naivität gleichzeitig Zeugnis des durchaus berechtigten Grundversorgungsgedanken in unserem Land ist.

Diese Selbstverständlichkeit kann sich – bedingt durch eine verfehlte Energiepolitik und dadurch dramatisch steigende Preise – allerdings sehr schnell ändern. Die energiepolitischen Beschlüsse der rot-grünen Bundesregierung und die – wider besseren Wissens – weitestgehende Fortführung dieses Irrwegs durch die Große Koalition führen Deutschland nicht nur wirtschaftlich in die falsche Richtung. Der soziale Aspekt hoher Strompreise wird in diesem Zusammenhang meist vernachlässigt.

Strom kann in Deutschland durch die einseitige Förderung teurer und nicht ausreichend durchdachter regenerativer Energieerzeugung sowie durch krasse Fehlentscheidungen wie die Laufzeitenbegrenzung und Abschaltung sicherheitstechnisch und wirtschaftlich einwandfreier Kernkraftwerke schon in kurzer Zeit zu einem Luxusgut werden. Die möglichen Verwerfungen bei Energieträgern wie Öl oder Gas werden diesen Effekt noch beschleunigen. Aber: Während die Entwicklung der weltweiten Energieversorgung immer unsicherer wird und sich unserem Einfluss entzieht, erlaubt sich Deutschland, vorhandene Ressourcen zu ignorieren und eine offensichtlich falsche Richtung in der Energieerzeugung beizubehalten.

Dies wird sicherlich nicht in dem Horrorszenario enden, dass Elektrizität in Deutschland ab einem bestimmten Moment nicht mehr verfügbar sein wird und dies zu großen Stromausfällen führt. Vielmehr wird –

auch wegen bereits seit Jahren konsequent anders handelnder europäischer Nachbarn – ein enorm hoher Stromimportbedarf erzeugt, der uns strategisch wie wirtschaftlich von Dritten abhängig machen wird und der ökonomisch unkontrollierbar ist.

Für den Privatsektor bedeutet dies letztendlich einen erschwerten Zugang zur Ressource Strom, der sich durch enorme Preissteigerungen bemerkbar machen wird. Strom könnte zu bestimmten Tageszeiten und/oder Mengen für den durchschnittlichen Haushalt zukünftig kaum mehr bezahlbar sein. Dem könnte man entgegensetzen, dass auch bei einem Benzinpreis von 1,50 Euro noch ausreichend Geländewagen mit einem Verbrauch von 20 Litern durch unsere Straßen fahren – doch genau dieser Effekt verdeutlicht das eigentliche Problem der Entwicklung.

Während eine kleine Oberschicht weiterhin die Möglichkeit haben wird, Strom jederzeit und in beliebigen Mengen zu konsumieren, wird sich eine breite Bevölkerungsschicht davon abkoppeln und das tägliche Leben in diesem Punkt drastisch ändern müssen. Eine solche soziale Schiefelage wär direkte Konsequenz einer verfehlten Energiepolitik und das genaue Gegenteil einer sozial ausgerichteten politischen Arbeit.

Veränderungen gehören selbstverständlich zum Leben dazu und manche Gewohnheiten dürfen gerne auch über einen steigenden Preis auf den Prüfstand gestellt werden. Der damit bevorstehende Sieg des Umweltschutzes über die viel gescholtene Stand-by-Schaltung ist aber leider kein echter. Denn das hier vorhandene Einsparpotenzial steht in keiner Relation zu den zu befürchtenden Preissteigerungen. Selbst bei konsequenter Umstellung auf höchste Energieeffizienz und die Investition in Energiesparlampen, Wärmedämmungen, Wärmepumpen usw. ist, bei entsprechenden Kosten, die sich erst langfristig amortisieren und die besonders für einkommensschwache Haushalte problematisch sind, der Energieverbrauch eines Haushaltes nicht in dem Maße zu senken, wie die Energiekosten steigen können.

Gleichzeitig werden Substitutionsmöglichkeiten wie z.B. der Austausch von Verbrennungs- durch Elektromotoren bei Fahrzeugen durch die

Preisentwicklung ebenfalls versperrt. Was nutzt die technologische Serienreife von Elektroautos, wenn deren Streckenkosten ebenso teuer sind wie die herkömmlicher PKW? Auch hier kann zwar ein positiver Effekt für die Umwelt entstehen, für den durchschnittlichen Haushalt steigen die Kosten aber weiter an, was einen Umstieg unattraktiv oder schlimmstenfalls unbezahlbar macht.

Ähnliches gilt für die nationale Abhängigkeit von Erdöl, Gas und Importkohle (selbst bei extrem steigenden Energiepreisen wird die Förderung deutscher Steinkohle zukünftig keine Alternative mehr sein). Ein Ersatz durch regenerative Energien ist nur in sehr geringem Umfang möglich, auch wenn deren Subventionslobby unermüdlich das Gegenteil behauptet. Jeden Vorteil, den unser Land – insbesondere durch die Nutzung bestehender Kernkraftwerke – in diesem Bereich hat, gilt es hier zu nutzen, um ihn den Einwohnern bei der Energieversorgung zu Gute kommen zu lassen.

Geschieht dies nicht, werden die steigenden Energiepreise und die damit einhergehende allgemeine Kostensteigerung, da Energie Bestandteil fast jedes Produktes und jeder Dienstleistung ist, deutliche Konsequenzen im alltäglichen Leben zur Folge haben. Die Forderungen, den hohen Lebensstandard doch einfach zu senken, etwas kälter zu duschen, Mahlzeiten nicht immer warm essen zu wollen, die Getränke nicht zu kalt zu servieren und notfalls zu Hause auch mal gegen die Kälte einen zusätzlichen Pullover anzuziehen, hören sich nicht allzu dramatisch an.

Sobald aber aus diesen vermeintlich einfachen Punkten echte Hemmnisse und Bedrohungen, wie feuchte Wohnungen, die nicht ausreichend geheizt werden, unsichere Straßen, deren Lampen aus Kostengründen nachts abgeschaltet werden oder ein allgemein sinkender Lebensstandard wird, der das Konsumklima vergiftet und der Volkswirtschaft schadet, muss der Staat präventiv und deutlich eingreifen.

Die offene Frage ist, ob Politik und Gesellschaft sich in diesem Punkt über die Konsequenzen wirklich im Klaren sind. Während steigende Benzinpreise nicht unbedingt zu geringerem Verkehr führen, werden

steigende Strompreise wesentlich schneller negative Konsequenzen herbeiführen. Berücksichtigt man dabei, dass diese Entwicklung durch eine selbstverschuldet falsche Energiepolitik bedingt ist und ebenso wie die Förderung der Erneuerbaren im wesentlichen Normal- und Geringverdiener treffen wird, so stellt sich die Frage, wann und in welcher Form hier ein deutliches Umdenken stattfinden wird. Die Frage „Sind Sie gegen Kernkraft?“ hat für den Befragten bereits heute eine völlig andere Dimension, wenn sie mit dem Zusatz „...auch wenn dadurch ihre Stromkosten steigen werden?“ versehen wird.

Steigende Energiepreise werden den Standort Deutschland und vor allem seine Bürger in wirtschaftlicher wie privater Hinsicht kurzfristig sehr deutlich treffen. Während die Schwächung der Wirtschaft – und damit indirekt der von ihr abhängigen Menschen – medial und politisch durchaus thematisiert wird, wird den direkten Auswirkungen auf große Teile unserer Gesellschaft und der damit einhergehenden sozialen Verwerfungen kaum Beachtung geschenkt.

Die Dramatik dabei ist, dass zumindest ein Teil dieser Entwicklung noch beeinflussbar ist und die absehbaren sozialen Folgen und die daraus resultierende Frustration gegenüber den politisch Verantwortlichen verringert werden könnte. Deutschland und seine Bürger brauchen dringend eine neue Energiepolitik.

*Michael Radomski ist energiepolitischer Sprecher der Jungen Union Deutschlands und Geschäftsführer der simply Communication GmbH.*